

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Muhammed in Medina (arabische Miniatur aus dem 14. Jahrhundert)

- *Wahl in Mecklenburg-Vorpommern: Kommt eine Mitte-Links-Regierung oder bleibt es bei Mitte-Rechts? – S. 4*
- *China: Streik in japanischer Elektrofabrik – S. 7*
- *Mannheim: Mindestens 30 tarifliche Stellen mehr für die Stadtreinigung! – S. 11*
- *IG Metall Hamburg: Rüstungshauptstadt – von Pfeffersäcken und Kanonen – S. 14*
- *„Din wa daula“ – Religion und Politik in der islamischen Theologie – S. 19*

Mit Beilage „Ergebnisse und Materialien“ Nr. 4

Ausgabe Nr. 9 am 8. September 2011, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Schäubles Haushaltsprobleme

Statistisches Bundesamt, 1.9., *Financial Times*, 2.9. rül. Im Oktober will die Bundesregierung über die vor allem von der FDP, aber auch der CSU geforderte „Steuersenkung“ beraten und dann eine entsprechende Beschlussvorlage in den Bundesrat und den Bundestag einreichen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass es darüber kräftig Streit geben wird. Denn die Bundesregierung hat – ebenso wie andere Interessierte – keine verlässlichen Zahlen und Prognosen.

Zwar fiel das Defizit aller öffentlichen Haushalte im ersten Halbjahr 2011 deutlich niedriger aus als erwartet. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, stiegen im ersten Halbjahr die Einnahmen von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen um 6 Prozent. Im gleichen Zeitraum stiegen ihre Ausgaben nur um 0,3 Prozent. Die zusätzliche Neuverschuldung von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen fiel auf 7,2 Milliarden Euro oder 0,6% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Dazu trugen ein deutlicher Anstieg der Lohnsteuer, der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer sowie ein starker Rückgang der Ausgaben für Arbeitslosengeld und ALG II bei.

Auf der anderen Seite verdunkeln sich die konjunkturellen Aussichten. Das Bruttoinlandsprodukt stieg nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im zweiten Quartal 2011 nur noch um 0,1% gegenüber dem Vorquartal, das ist der niedrigste Anstieg gegenüber dem Vorquartal seit langem. Die Konjunkturforschungsinstitute erklären fast einhellig, die Erwartungen für das weitere Wachstum seien überhöht und müssten nach unten korrigiert werden – was auch niedrigere Steuereinnahmen als erwartet bedeuten

würde. Wie also will die Bundesregierung ihr offizielles Ziel, den Abbau der Neuverschuldung, noch verfolgen? Wie extrem derzeit alle Schätzungen neben der Wirklichkeit liegen, machte am 2.9. die „Financial Times“ deutlich. Danach rechnete die Bundesregierung noch im Sommer 2010, also vor einem Jahr, mit einem Defizit aller öffentlichen Haushalte in Höhe von 4,0 Prozent des BIP. Im April 2011 revidierte die Regierung ihre Schätzung der öffentlichen Neuverschuldung auf 2,5% des BIP. Noch im August 2011, vier Wochen vor den jetzt vom Bundesamt verkündeten Zahlen, rechnete die Bundesregierung mit einer Neuverschuldung aller öffentlichen Haushalte im ersten Halbjahr 2011 von 1,5% des BIP. Nun waren es „nur“ 0,6%. Zuverlässige Prognosen über künftiges wirtschaftliches Wachstum und Steueraufkommen sehen anders aus!

Autoritätswechsel

maf. Mit dem Fall der libyschen Hauptstadt Tripolis kann das Militärregime, das unter der Leitung von Muammar al Gaddafi das Land beherrschte, nicht mehr als Staatsmacht auftreten. Diese Funktion kommt jetzt dem Übergangsrat zu, der von den Nato-Mächten schon vor Monaten als legitime Vertretung Libyens akzeptiert wurde. Gegenwärtig kann man wohl nicht davon sprechen, dass der Übergangsrat die Staatsgewalt souverän ausübt, militärisch hängt er von den Nato-Staaten ab, finanziert wird er durch Zuführungen aus libyschen Auslandsguthaben, und für die so wichtigen Fragen der Gewährleistung von Infrastruktur hofft man aus Spezialisten aus dem Ausland. Die in dieser Hinsicht spärlichen Nachrichten lassen befürchten, dass die Machtergreifung durch den

Wenn am nächsten Sonntag Abgeordnetenhauswahl wäre ...

Institut	Auftraggeber	Befragte	Datum	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	Sonstige
Emnid	Focus	1.001 29.08.–01.09.	04.09.2011	23 %	32 %	20 %	4 %	11 %	PIRATEN 4 % Sonst. 6 %
Forsa	Berliner Zeitung	1.100 05.08.–30.08.	02.09.2011	21 %	32 %	19 %	4 %	11 %	PIRATEN 5 % Sonst. 8 %
Infratest dimap	RBB, Berliner Morgenpost	1.000 26.08.–29.08.	30.08.2011	22 %	30 %	22 %	3 %	11 %	PIRATEN 4,5 % Sonst. 7,5 %
Emnid	B.Z. (Quelle)	576 22.08.–25.08.	30.08.2011	24 %	33 %	19 %	5 %	11 %	PIRATEN 4 % NPD 1 % Sonst. 3 %
Forschungsgruppe Wahlen	ZDF	933 22.08.–25.08.	26.08.2011	20,5 %	33,0 %	20,5 %	3,5 %	10,5 %	PIRATEN 4,5 %, NPD 3,0 %, Sonst. 4,5 %

Am Sonntag in einer Woche, am 18. September, finden in Berlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus (Landtag) statt. Nach den letzten Umfragen sieht es nicht mehr danach aus, dass die Grünen stärkste Partei werden und damit den Regierenden Bürgermeister stellen können. Die SPD mit Klaus Wowereit dürfte stärkste Partei bleiben. Eine eindeutige schwarz-grüne Mehrheit ist ebenfalls nicht in Sicht. Die SPD dürfte damit Regierungspartei bleiben und hat vermutlich die Möglichkeiten, entweder die bisherige Koalition mit der Linken fortzusetzen (Konsolidierung mit sozialer Rücksicht) oder mit den Grünen einen Kurswechsel vorzunehmen in Richtung Metropolenentwicklung mit elitärer Mittelschicht und Bürgertum. (Umfragedaten: www.wahlrecht.de)

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

Übergangsrat keineswegs allgemeine Rechtssicherheit mit sich bringt. Vereinzelt in Pressemeldungen ist zu entnehmen, dass die arabische Welt gegen die Verfestigung einer Nato-Militärpräsenz ist. Während alle Welt weiß, dass die Nato-Streitkräfte und -Spezialkommandos in Libyen aktiv sind, lehnt der Übergangsrat die Entsendung von Sicherheitskräften der UNO ab, ein Zeichen dafür, dass der Bürgerkrieg noch nicht zu Ende ist. Geändert haben sich nur die Positionen: Während vorher das Gaddafi-Regime den ungestörten Lauf der weltwirtschaftlichen bedeutsamen Öl- und Gasindustrie hätte garantieren müssen – und daran scheiterte – fällt diese Pflicht nunmehr den Übergangsrat zu, in der Rolle von Rebellen und Terroristen sind jetzt die Kräfte des alten Regimes. In diesem Kontext steht z.B. die Anerkennung des Übergangsrates z.B. durch Russland – als „regierende Autorität“, Russland unterstreicht dabei die Erwartung, die neue Macht werde international eingegangene Verträge und Verpflichtungen erfüllen ...

Verfassungsgericht folgt Euro-Gegnern nicht

alk. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes erlaubt den anderen Staatsorganen, Regierung und Parlament, finanzielle Verpflichtungen einzugehen, die den Staatshaushalt der BRD von Vorgängen und Entscheidungen in den Nachbarländern abhängig machen. Diesen Kernpunkt griff die Klage an, und in diesem Kernpunkt wurde gegen die Kläger entschieden. Allerdings hat das Gericht festgehalten, dass derartige Entscheidungen nicht von der Regierung im Alleingang getroffen werden dürfen. Der Bundestag sei zu beteiligen.

In der gegenwärtigen Diskussion um die Stabilisierung des Euro-Währungssystems überwiegen in der BRD die finanzpolitischen Argumente. Ins Hintertreffen gerät die Tatsache, dass der Währungsraum Europa, d.h. die Euro-Zone und die daran beteiligten EU-Staaten, ein Wirtschaftsraum ist. Eine wirtschaftliche Selbständigkeit, gemeinhin mit dem Fremdwort Autarkie bezeichnet, käme für keinen der EU-Staaten mehr in Frage. Weil die realwirtschaftlichen Verflechtungen so eng sind, werden Währungsschranken zum Wirtschaftshindernis. Sie fallen und das zieht Folgen nach sich.

Die öffentliche Meinung der BRD sieht sich gerne als Zahlmeister Europas. In der Produktionsstruktur Europas besetzen Produktionsstätten in der BRD den Bereich der Investitionsgüter überproportional. In der langen Zeit der kapitalistischen Wirtschaftsgeschichte hat sich eine Lohn- und Gehaltsstruktur herausgebildet, in der



Dortmunder Demonstration gegen Neonazis

Rund 10 000 Menschen demonstrierten am 3. September in Dortmund gegen den sogenannten „Nationalen Antikriegstag“, zu dem ein Bündnis „parteiloser Nationalisten“ aufgerufen hatte. Diesem Aufruf folgten rund 700 Neonazis, die ihren Marsch trotz zahlreicher Blockadeversuche, wenn auch mit einigen Umleitungen und Verzögerungen, erfolgreich durchführen konnten. Dafür sorgte ein massives Polizeiaufgebot, das zum Teil mit unverhältnismäßigen Mitteln und dem Einsatz von Wasserwerfern, Knüppeln, Pfefferspray und Pferden auch gegen friedliche Demonstranten vorging, darunter viele Jugendliche. 250 linke Demonstranten wurden über Stunden eingekesselt, es gab 271 Festnahmen, viele verletzte Demonstranten und 16 verletzte Polizisten. Das ist die Bilanz einer Dortmunder Polizeitaktik, die seit Jahren von antifaschistischen Gruppen dafür kritisiert wird, die Neonazis zu schonen, und stattdessen einen Konfrontationskurs gegen Nazigegner zu fahren. Dabei haben sogar bürgerliche Bündnisse zu Blockaden aufgerufen, bis hin zum Dortmunder Oberbürgermeister Ullrich Sierau von der SPD, der dieses vom Versammlungsrecht gedeckt sieht.

Auf der anderen Seite wird die oft überzogene Eskalationsstrategie vor allem der autonomen Antifaschisten vielleicht dadurch erklärbar, dass hier verbissen um die Freiheit gekämpft wird, sich gefahrlos jederzeit und überall im öffentlichen Raum bewegen zu können. Denn in Dortmund versuchen sich die Nazis an der Okkupation des öffentlichen Raumes, wie sie es in einigen Teilen Ostdeutschlands mit den sog. „national befreiten Zonen“ vormachen (wir berichteten). So wird der Stadtteil Dorstfeld in der multikulturell geprägten Nordstadt von Neonazis terrorisiert, die hier seit gut einem Jahr ein „Nationales Zentrum“ unterhalten. Angriffe auf linke Kneipen, Büros und Menschen mit Migrationshintergrund sind keine Seltenheit. Dabei schrecken die Nazis selbst vor Mord nicht zurück. Bundesweit bekannt wurde der brutale Angriff auf die 1. Mai-Kundgebung des DGB vor zwei Jahren. Vor diesem Hintergrund werten es einige der Organisatoren der Gegendemonstrationen als Erfolg, dass diesmal „nur“ rund 700, statt der erwarteten 1 000 bis 1.200 Nazis gekommen sind. Politiker von der Linken und den Grünen fordern, dass die Stadtverwaltung ein Stadtteilkonzept gegen Rechts entwickelt. „Nötig ist ein Stadtteilkonzept, das die braune Subkultur offenlegt und die Leute ermutigt, dagegen vorzugehen“, sagt die in Dortmund lebende grüne Landtagsabgeordnete Daniela Schneckenburger. „Wir brauchen dort besseren Schutz der Bürger und ein Aussteigerprogramm.“

Thorsten Jannoff

die Arbeit im Bereich der Investitionsgüter besser entlohnt wird. Würde der – die EU einbezogen – gigantische Exportanteil der BRD von Wechselkurschwankungen der nahen Nachbarn bestimmt, kämen Krisen zustande, die auf die Investitionsgüterindustrie vernichtend wirken könnten. Denn gerade diese Industrien sind auf Kontinuität und Erhalt von Fachpersonal angewiesen.

Die wirtschaftlichen Verzahnungen im EU-Raum sind die Basis, große Schwierigkeiten bereiten die unterschiedlich gestalteten Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Staatsfinanzen, zu denen in allen EU-Ländern staatlich garantierte Sozialleistungen gehören. Die Marxisten des 19ten Jahr-

hunderts betrachteten diesen Sektor weniger als Teil der Staatsfinanzen, sondern als Versicherungen, deren Selbstverwaltung sie forderten. Der Euro-Rettungsschirm ähnelt von seiner Funktion einer Rückversicherung für die Staatsfinanzen und damit die Sozialversicherungen, einer Versicherung der Versicherungen, und der Streit um „wir zahlen für die X, Y, Z“ ähnelt den Verdächtigungen, die vormals jedem ländlichen Hausbrand folgten („warm abgebrochen“).

Es war noch nie leicht, das Kleingedruckte in den Versicherungspolicen zu verstehen, seufzend wird sich das europäische Publikum mit den Einzelheiten der Rettungsschirmregelungen befassen müssen.

Kommt eine Mitte-Links-Regierung oder bleibt es bei Mitte-Rechts?

Noch ist unklar, ob die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern zu einer Mitte-Links-Regierung aus SPD und der Linken führen werden, wie es die politische Programmatik der beiden Parteien nahelegt. Gegenwärtig führt die SPD Sondierungsgespräche sowohl mit der CDU wie auch mit der Linken. Das ist inhaltlich möglich, weil in beiden Konstellationen das Ziel der Konsolidierung von Staatsorganisation und Staatsfinanzen verfolgt werden kann. Konsolidierung der Staatsorganisation, weil im äußersten Nordosten der Republik die kommunale Selbstverwaltung neu gestaltet werden muss. Unter dem Druck zurückgehender Bevölkerungszahlen hat man das engmaschige Netz der Landkreis aufgegeben, neben den kreisfreien Städten Schwerin und Rostock bestehen nur noch sechs Großkreise, die sich teils über mehr als hundert Kilometer erstrecken. Die örtlichen Gemeindevertretungen werden es schwer haben, sich in diesen Großorganisationen bemerkbar zu machen. Die Entwicklung von Demokratie und Partizipation in dieser neu strukturierten Form sollte ein übergreifendes Anliegen der demokratischen Parteien sein. Selbstverwaltung ohne Planungssicherheit und Finanzspielräume ist ein trauriges Geschäft. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist mithin ein entscheidender Punkt für eine soziale und kulturelle Entwicklung, die den oft kleinen Gemeinden im dünn besiedelten Flächenstaat eine Chance lässt. Eine Mitte-Rechts-Regierung würde

diese Aufgaben der Konsolidierung sehen und angehen. Anders als eine Mitte-Links-Regierung würde sie die Desintegration der Gesellschaft nicht entschieden bekämpfen, ihre Konsolidierungsanstrengungen würden in vielen Fällen zu Lasten der Armut gehen. Sichtbares Zeichen dieses Unterschieds ist die Auseinandersetzung um einen politisch abgesicherten Mindestlohn. Aber selbstverständlich würde sich der Unterschied auch bei der Ausgestaltung der öffentlichen Dienste und Leistungen aller Art zeigen.

Interesse über die Landesgrenzen hinaus müssen zwei Daten wecken, die mit der Regierungsbildung zunächst nichts zu tun haben:

Erstens haben der Niedergang der FDP und der parallele Aufschwung der Grünen nicht zu einer Konstellation geführt, in der die Grünen an der Regierung beteiligt werden müssten. Dafür mag die Unempfindlichkeit der Grün-Alternativen für die soziale Frage stehen, eine Regierung aus SPD und Grünen – für die es in Mecklenburg-Vorpommern wohl gemerkt nicht reicht – würde der SPD als Garanten des sozialen Zusammenhalts bedürfen, und diese Rolle kann die Partei der Agenda 2010 nicht mehr spielen.

Zweitens hat sich in Mecklenburg-Vorpommern die NPD als politische Kraft stabilisieren können, obwohl die Partei unter starkem Druck der öffentlichen Meinung steht. Sie hat bei den jüngeren männlichen Wählern erheblichen Einfluss. Die Konsolidierung eines Wahlerfolgs gerade bei einer so

verworren organisierten Partei wie der NPD signalisiert ein Potential. Das Nicht-Verbot der NPD kann von dieser Partei und ihrer Klientel als eine Art schweigender Zustimmung zu ihrem rassistischen Ansatz gedeutet werden.

Wie wohl kaum einem Wähler und Zeitzeugen verborgen geblieben sein kann, zeigte sich die Linke als Gesamtpartei nicht von ihrer guten Seite. Das Wahlergebnis legt die Vermutung nahe, dass auf der politischen Bühne der BRD ausreichend Platz für eine linke Partei ist, die Menschenrechte und Gewährleistung sozialer Standards zusammen zur Geltung bringt. Es kann leicht so kommen, dass die Linke ihre sozialen, solidarischen Alternativen aus der Opposition heraus formulieren muss. Scheinbar ist das ja so viel leichter, denn in der Opposition lässt sich's gut fordern und kritisieren. Aber gerade diese Leichtigkeit kann es einer Partei schwer machen, sich zur Entwicklung tragfähiger Alternativen durchzuringen.

Eine Regierungsbeteiligung der Linken in Mecklenburg-Vorpommern wäre für die ganze bundesdeutsche Linke ein Gewinn. Dies auch, weil die Lage an der Ostsee und hin zum polnischen Nachbarn die Entwicklung einer linken europäischen Perspektive möglich macht, die viel deutlicher werden kann, wenn sie nicht nur in kritischen Anträgen, sondern auch in der Gestaltung nachbarschaftlicher Beziehungen öffentlich wirksam wird.

Martin Fochler,
Alfred Küstler

Aus dem Newsletter des Forum Demokratischer Sozialismus, 5. September 2011

Wahlbericht und erste Analyse des Ergebnisses

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, die Landtagswahl im Nordosten ist abgeschlossen. Die Linke konnte prozentual zulegen, auch wenn sie insgesamt stagnierte. Gegenüber der Landtagswahl 2006 wäre eine rot-rote Koalition mit einem guten Stimmenpolster ausgestattet. Der Spitzenkandidat Helmut Holter formulierte deshalb die Anforderung an die SPD, sich von der CDU zu lösen und ein Bündnis mit der Linken einzugehen, um ihre Wahlversprechen umzusetzen.

Auch bei dieser Landtagswahl erstellte die Redaktionsgemeinschaft Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs einen Wahlbericht und die erste

Analyse der Landtagswahl. Nachfolgend dokumentieren wir die Einleitung und einen Zwischenstand auf die Position von Union und FDP sowie der SPD nach den bisherigen Landtagswahlen 2011.

Den Genossinnen und Genossen, die nun in Sondierungsgespräche mit der SPD gehen, ein gutes Gelingen wünschend und die Daumen drückend, Benjamin Hoff (benjamin.hoff@forum-ds.de)

Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs:
Zusammenfassung des Ergebnisses der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011

Die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2011 erreichte mit 52% den

niedrigsten Wert seit 1990. Dabei ist zu beachten, dass die Wahlen 1994 bis 2002 parallel zu Bundestagswahlen stattfanden und somit quasi naturgemäß höhere Wahlbeteiligungen zu vergegenwärtigen waren. Im Vergleich zur vergangenen Landtagswahl 2006, die ebenfalls eine reine Landtagswahl war, sank die Beteiligung um rund 7%.

Statt eines Begründungszusammenhangs, der die geringe Wahlbeteiligung in mangelndem demokratischen Pflichtbewusstsein der Wahlberechtigten in MV zu erklären sucht, könnte es sich als lohnenswert erweisen, einige Erkenntnisse aus den Vorwahlbefragungen für die Bestimmung der Ursachen der geringen Wahlbetei-

ligung heranzuziehen. 50% der von Infratest-dimap Befragten äußerten die Auffassung, dass die aktuelle Lage in Mecklenburg-Vorpommern „Grund für Zuversicht“ bietet, während 44% „Grund zur Beunruhigung“ sahen.

Zwar schätzten mit 29% der von Infratest-dimap Befragten auf den ersten Blick vergleichsweise wenig Wahlberechtigte die gegenwärtige wirtschaftliche Lage im Nordosten positiv ein, während 69% sie als weniger gut bzw. schlecht bewerteten. Der erste Anschein trägt hier jedoch, denn zu keinem Zeitpunkt seit 1998 wurde die Wirtschaftslage so optimistisch beurteilt. Bei der Landtagswahl 2002 beurteilten über 80% der Befragten die Wirtschaftslage als negativ und unter 10% positiv.

Eine mit Ausnahme der FDP bei den Anhänger/-innen aller relevanten Parteien im Nordosten verbreitete Zustimmung zur Forderung der Einführung von Mindestlöhnen, die seitens der SPD zu den Kernforderungen im diesjährigen Landtagswahlkampf gehörte, prägt die Grundstimmung der Wahlberechtigten in Mecklenburg-Vorpommern ebenso wie die große Zufriedenheit mit der Landesregierung, die sich insbesondere aus der Zufriedenheit mit dem Ministerpräsidenten Erwin Sellering und in zweiter Linie zur SPD speist, während die CDU von dieser Grundstimmung überhaupt nicht profitieren kann.

Legt man diese Werte zugrunde, kann die Annahme formuliert werden, dass die geringe Wahlbeteiligung bei dieser Landtagswahl weniger der Ausdruck einer demokratischen Abstinenz der Bürger/-innen ist, sondern vielmehr Ergebnis einer rationalen Entscheidung der Wahlberechtigten im Nordosten, die mit der politischen Entwicklung im Land insgesamt einverstanden sind, kein Bedürfnis nach einem grundsätzlichen politischen Wechsel im eigenen Bundesland verspüren und zudem wissen, dass sie ihrer Unzufriedenheit mit dem im Bund regierenden Parteien durch ihr Landtagswahlverhalten nicht Rechnung tragen können.

Die SPD erreicht mit 35,7% einen Zuwachs von 5,5% und behauptet sich erneut als stärkste Partei im Land.

Wie bei den Wahlen seit 1998 hat sie die Wahl zwischen einem Bündnis mit der CDU bzw. einem Linksbündnis. Am Wahlabend machte sie deutlich, dass sie sowohl mit der Linken als auch mit der CDU ernsthaft zu sondieren bereit ist.

Die Linke verbessert ihr Wahlergebnis erneut in kleinen Schritten. Mit 18,4% liegt sie zwar immer noch deutlich hinter den früheren Landtagswahlergebnissen von 1994 und 1998, aber sichtbar vor dem Wert von 16,4% der Landtagswahl 2002. Gegenüber den elf Vorwahlumfragen seit Januar 2011,

bei denen Die Linke im Gesamtdurchschnitt 17,5% erhielt, gelingt ihr eine leichte Verbesserung.

Ihre Wähler/-innenschaft kann sie angesichts der gesunkenen Wahlbeteiligung überdurchschnittlich mobilisieren, denn der Rückgang ist weniger stark als die Wahlbeteiligung insgesamt. Neue Wähler/-innenschichten erschließt sie jedoch nicht, sondern liegt insbesondere bei den Arbeitslosen vorn und erreicht in dieser Gruppe die zweithöchste Zustimmung nach der SPD. Im Ergebnis stagniert die Partei.

Dass es der Linken mit ca. 123 000 Wähler/-innen (ohne den Wahlkreis Rügen II) im Vergleich zur Bundestagswahl 2009, bei der ca. 251.500 Wahlberechtigte für die Linke stimmten, spürbar weniger gelingt, Wähler/-innen zur Stimmabgabe zu motivieren, dürfte an drei Gründen liegen:

- Angesichts der fehlenden Wechselstimmung und des großen Zuspruchs für die SPD hatte es Die Linke schwer, aus der Opposition heraus deutlich zu machen, weshalb ein Regierungswechsel bzw. eine Abkehr der SPD von der CDU zwingend erforderlich sei.

- Betrachtet man die Wahlergebnisse von SPD und Linken bei der Bundestagswahl und der Landtagswahl verhalten sich beide Parteien indirekt proportional zueinander. Mit 16,6% liegt die SPD weit hinter der Linken (29%) zurück. Als Transporteur der Interessen der nordostdeutschen Wähler/-innen scheint Die Linke im Vergleich zur SPD besser geeignet zu sein, während ihr landespolitisch eine nachrangige(re) Position zugewiesen wird.

- Gleichzeitig kann angenommen werden, dass das Gesamtbild, das Die Linke derzeit abgibt, das Wahlergebnis der Linken determiniert hat. So ermittelte Infratest-dimap, dass 70% der Befragten die Auffassung vertreten, Die Linke „ist zu zerstritten um ernsthaft Politik mitgestalten zu können“. Sollte Die Linke in eine Regierung mit der SPD eintreten, dürfte die Rückgewinnung entsprechenden Vertrauens in die politische Gestaltungsfähigkeit und -bereitschaft der Linken bei den Bürger/-innen im Land zu einer wesentlichen Aufgabe gehören.

Die CDU und die FDP sind die Verlierer dieser Landtagswahl.

Sowohl die CDU als auch die FDP dürften Opfer der bundespolitischen Performance ihrer jeweiligen Parteiorganisationen sein. Wie bei der Linken ermittelte Infratest-dimap auch für die FDP die Aussage, dass die Partei zu zerstritten sei, um ernsthaft Politik zu gestalten. Hinzu kommt, dass die Liberalen nach Aussage der von Infratest-dimap Befragten gute Politiker an der Spitze fehlen.

Die Grünen ziehen erstmals in den Landtag ein. Mit einem Ergebnis von

8,4% erreicht die Partei ihr bestes Ergebnis in Ostdeutschland (ohne Berlin) überhaupt. Die Partei ist damit erstmals seit 1990 in allen Landtagen Ostdeutschlands und der Bundesrepublik überhaupt vertreten.

Dieses Ergebnis nur dadurch zu erklären, dass die Grünen einen bundespolitisch „geborgten“ Erfolg im Land verzeichnen können, würde zu kurz greifen. Vielmehr kann angenommen werden, dass ihr Wahlerfolg auf dem Zusammenspiel folgender Aspekte beruht:

- In Folge des bundespolitischen Bedeutungszugewinns der Grünen können sich mehr und mehr Wähler/-innen diese Partei auch als landespolitische Größe vorstellen.

- Die Grünen sind derzeit besser als andere Parteien in der Lage, eine vorhandene gesellschaftliche Grundstimmung zu artikulieren. Ihnen wird zugesprochen, früher als andere wichtige Probleme erkannt zu haben und glaubwürdig zu sein („man weiß genau wofür sie stehen“).

- In einzelnen Wahlkreisen Rostocks, in Schwerin, Wismar, Stralsund und Greifswald sowie in den stadtnahen Landkreisen Mecklenburgs erreichen die Grünen überdurchschnittliche, in Rostock III, Stralsund II und Greifswald sogar zweistellige Ergebnisse. Ebenfalls bei den Jung- und Erstwähler/-innen schneiden die Grünen überproportional ab und liegen vor den anderen Parteien.

Ebenso wie in Sachsen 2009 gelingt der NPD trotz gesunkener Zustimmung der Wiedereinzug in den Landtag. Eine weniger stark absinkende Wahlbeteiligung hätte – wie in Sachsen-Anhalt – die parlamentarische Vertretung der NPD verhindern können. Die insbesondere im östlichen Vorpommern ausgeprägte strukturelle Verankerung der Partei wäre damit freilich ebenso wenig beendet wie die Notwendigkeit, den insbesondere männlichen arbeitslosen Jungwählern eine Perspektive zu bieten, die sukzessive auch im Wahlverhalten eine Entsprechung findet.

Die NPD gewinnt wie 2006 vor allem bei männlichen Arbeitern und Arbeitslosen, vorwiegend mit Hauptschulabschluss. Die Motive ihrer Wähler/-innenschaft deuten auf eine Verfestigung in der Anhängerschaft hin. NPD zu wählen ist in gleichem Maße eine Denkmittelwahl für andere Parteien wie eine Folge der konkreten Arbeit der NPD vor Ort. Dabei dürften vor allem vormalige „Denkmittel“-Wähler unter den 18 000 Abwanderern zu den Nichtwählern gewesen sein. Als Gründe für die Stimmabgabe zugunsten der NPD ermittelten die Forschungsinstitute die Integrations- bzw. Ausländerpolitik und das Erleben von Abwanderung und Niedergang in den ländlichen Regionen. Entsprechend hoch ist mit 62%

der Anteil derjenigen Wähler/-innen, die sich als Verlierer der Entwicklung im Land sehen.

Schwarz-Gelb und die SPD im Bund nach den bisherigen Landtagswahlen 2011

Unmittelbare bundespolitischen Wirkungen dürften vom Wahlausgang im Nordosten unseres Erachtens nicht ausgehen. Vielmehr verfestigen sich die Trends des Wahljahres 2011.

Die schwarz-gelbe Bundeskoalition erodiert landespolitisch. Zwar drückt sich dies nicht immer in Bundesratsstimmen aus und wird deshalb auch nicht jedes Mal unmittelbar bundespolitisch wirksam, doch sind die Ergebnisse gleichwohl bemerkenswert.

Die Liberalen haben bei den bisher sechs Landtagswahlen dieses Jahres ein Landesparlament hinzugewonnen (HH), eins knapp verteidigt (BW) und mussten ihre parlamentarische Repräsentanz in vier Ländern aufgeben. In Berlin droht der Verlust eines weiteren Landtages.

Zu Beginn des Jahres stellte die Union in Hamburg und Baden-Württemberg noch die Ministerpräsidenten, zwischenzeitlich regiert an der Wasser-

kante die SPD mit absoluter Mehrheit und im Südwesten löste der erste grüne Ministerpräsident den CDU-Amtsinhaber ab. Damit gingen mehr als 50 Jahre ununterbrochene Regentschaft der CDU zu Ende. In Bremen wiederum verliert die CDU den zweiten Platz im Parteiensystem und rutscht hinter die Grünen auf Platz drei. Gleiches Ungemach droht bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin.

Bis auf die Tatsache, dass die SPD in Hamburg die absolute Mehrheit gewinnen und aufgrund der Stärke der Grünen in Baden-Württemberg bei Stimmenverlusten als Juniorpartner mitregieren kann, ist das Wahljahr 2011 für die Sozialdemokratie bei Weitem keine Erfolgsgeschichte. In Rheinland-Pfalz verliert sie knapp zehn Prozent und die absolute Mehrheit, in Sachsen-Anhalt und Bremen stagniert sie, während die Grünen deutlich zulegen. Allein im Nordosten gelingt neben Hamburg ein spürbarer Zugewinn.

Bereits bei der Analyse der Landtagswahl in NRW 2010 formulierten wir: „Die SPD geht bei dieser Wahl als gefühlte Siegerin, tatsächlich jedoch als Scheinriese durchs Ziel. (...) Das

kann zur Verbesserung der innerparteilichen Stimmungslage beitragen.“

Die FAZ kommt in der Betrachtung der SPD nach der Landtagswahl im Nordosten zu einer gleichen Bewertung, wenn sie formuliert: „Aus der Ferne sieht mal der eine, mal der andere (gemeint sind Steinbrück, Steinmeier, Gabriel – d.A.), derzeit vor allem Peer Steinbrück, mit Hilfe der Medien so aus wie ein furchteinflößender Riese. Wenn sie aber näher kommen, schrumpfen sie im Dunst der Umfragen auf Normalmaß. (Ihren) aufflackern den Siegernimbus verdankt die SPD allerdings der jeweiligen Schwäche ihrer alten Volksparteikonkurrentin, der CDU, und dem Geschenk der Krise der Linkspartei.“

Andererseits, so fügt der FAZ-Autor, Jasper von Altenbockum, hinzu, waren die Perspektiven der SPD aber schon schlechter. „Anders als vor der Bundestagswahl des Jahres 2009 kann sie sich an der Seite blühender Grüner wieder eine Machtoption ausrechnen. (...) Im Wahlkampf von 2009 fehlte ihr eine solch tragfähige Option.“

Die Texte von Kahrs und Hoff sind abrufbar unter: <http://wahlanalysen.wordpress.com/>

Hamburger Verfassungsschutz – teuer und unkontrolliert wie kein anderer

In Hamburg entscheidet der Verfassungsschutz über seinen Haushalt maßgeblich selbst. In keinem anderen Bundesland ist die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzhaushaltes so gründlich ausgeschaltet wie in Hamburg. Das hat weitreichende Folgen: Das Landesamt für Verfassungsschutz ist, was seine finanzielle und seine personelle Ausstattung angeht, im Vergleich zu den anderen Bundesländern dramatisch überdimensioniert.

Und das sind die Vergleichszahlen 2010: Baden-Württemberg gibt relativ am wenigsten für die Verfassungsschutzbehörde aus – 1,48 Euro pro Jahr und Einwohner. Der Durchschnitt der Bundesländer liegt bei 2,34 Euro. Allerdings sind die Stadtstaaten mit den Flächenländern nur bedingt vergleichbar. Denn in den Großstädten sind die verschiedenen Szenen, die die Verfassungsschutzbehörden als „Beobachtungsfelder“ ausweisen, in der Regel ausgeprägter. Interessant ist also der Vergleich Hamburgs vor allem mit Berlin.

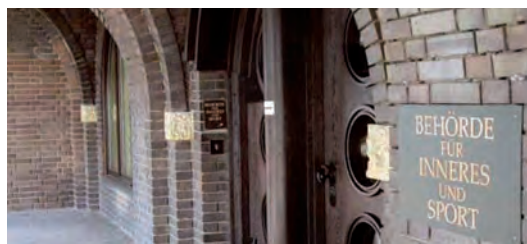
Berlin gab 2010, bei 3.440.400 Einwohner/innen, 3,11 Euro/Einwohner aus – Hamburg, 1.786.448 Einwohner/innen, mehr als doppelt so viel, nämlich 6,74 Euro. Sogar absolut liegt der VS-Haushalt Hamburgs (2010: 12,044 Mio. Euro) über dem Berliner (10,683 Mio. Euro). Auch der Stadtstaat Bremen liegt mit 3,62 Euro pro Einwohner und

Jahr weit unter Hamburger Niveau.

Ähnlich, allerdings nicht ganz so krass, sieht es bei der Personalausstattung der Verfassungsschutzbehörden aus:

In Hamburg kommen 11.483 Einwohner/innen auf einen Geheimdienstler.

In Berlin sind es 18.980, das sind im Verhältnis zur Einwohnerzahl 40% weniger.



Zum Vergleich der Durchschnitt der Bundesländer: Hier ist ein Verfassungsschützer für 29.517 Einwohner/innen zuständig.

Weiteres muss man schlussfolgern: Die überdurchschnittlich hohe Personalausstattung spricht dafür, dass Hamburg eine überdurchschnittlich hohe Dichte verdeckter Ermittler hat. Die insgesamt hohen Ausgaben des Verfassungsschutzes sprechen außerdem dafür, dass viel Geld, jedenfalls sehr viel mehr Geld als andernorts, an sogenannte V-Leute fließt, also an vom Landesamt bezahlte Spitzel aus den „Beobachtungsfeldern“.

So darf sich Hamburg wohl als Hauptstadt der verdeckten Ermittler und V-Leute bezeichnen.

Und nun zu der verfassungsrechtlich bedenklichen Situation: Das Haushaltsrecht des Parlaments – es gilt als sein vornehmstes Recht – ist im Bereich des Verfassungsschutzes in Hamburg nahezu vollständig ausgehebelt. Das Bundesverfassungsgericht hat 1986 den Konflikt zwischen dem Grundsatz der Budgetöffentlichkeit, dem Informationsrecht der Abgeordneten und der Informationspflicht der Exekutive auf der einen, dem Staatswohl und der Geheimhaltung im Bereich des Verfassungsschutzes auf der anderen Seite ausformuliert. Im Unterschied zu anderen Bundesländern und zum Bund ist in Hamburg dieser Konflikt nicht gesetzlich reguliert.

Es gibt tatsächlich keinen Ort, in dem die Hamburgische Bürgerschaft oder eins ihrer Gremien oder Ausschüsse den Haushaltsplan des VS, soweit er über die Gesamtsumme hinausgeht, erörtert und billigt oder genehmigt. Auch der zur Geheimhaltung verpflichtete Parlamentarische Kontrollausschuss (PKA) hat hier nichts zu sagen. In den Protokollen des PKA heißt es seit eh und je in der immer gleichen Formulierung unter „Sonstige Unterrichtungen“: Die nicht offen gelegten Haushaltstitel sei-

en „detailliert dargelegt und erläutert“ worden. Der Veranstalter der „Haushaltsberatung“ in diesem Gremium, das eigentlich den Verfassungsschutz kontrollieren soll, ist das Landesamt.

Im Unterschied dazu ist die Ausübung des Haushaltsrechts durch das Kontrollgremium beispielsweise in NRW gesetzlich geregelt. Hier heißt es im Verfassungsschutzgesetz:

„Im Haushaltsgesetzgebungsverfahren wird aus zwingenden Gründen des Geheimschutzes die Bewilligung von Ausgaben, die nach einem geheimzuhaltenden Wirtschaftsplan bewirtschaftet werden sollen, von der Einwilligung des Kontrollgremiums zu dem Wirtschaftsplan abhängig gemacht.“ (§ 23 Abs. 1 Satz 3 VSG NRW)

Dem Innenausschuss, dem Haushaltsausschuss und in den abschließenden Haushaltsberatungen der Hamburgischen Bürgerschaft bleibt der Wirtschaftsplan des Verfassungsausschusses geheim. Wie geheim, zeigt die Tatsache, dass einer Kleinen Anfrage der Linken in Vorbereitung der Haushaltsberatung, für welche Inves-

titionen der Verfassungsschutz im Jahr 2011 und 2012 denn jeweils 200 000 Euro benötige (gegenüber 100 000 im Jahr 2010), die Antwort verweigert wurde. (Erst im Innenausschuss selbst und nachdem wir unsere Bereitschaft zur Klage angedeutet hatten, rückte der VS mit der Antwort heraus: für den Bereich der G10-Technik. Die Frage, wie sich die Ressourcen und Stellen des VS allgemein auf die „Beobachtungsfelder“ „Islamismus“ und „Ausländerextremismus“, „Linksextremismus“ und „Rechtsextremismus“ verteilten, wurde aber auch hier schon nicht mehr beantwortet.)

Das ganze Verfahren bedeutet nichts anderes, als dass der Verfassungsschutz über seinen Haushalt und dessen Verwendung selbst verfügt. Kein Wunder, dass er alle anderen VS-Haushalte so kräftig übertrifft.

Hinzu kommt ein Weiteres: Hamburg gehört zu dem Drittel der Bundesländer, in dem nicht alle im Landtag vertretenen Fraktionen im Parlamentarischen Kontrollgremium vertreten sind. Mehrere Bundesländer, so z.B. Bran-

denburg, Berlin und Niedersachsen, haben ein Grundmandat für jede Fraktion gesetzlich geregelt. In Hamburg haben in der letzten Legislaturperiode alle Fraktionen einen entsprechenden Antrag der Linken abgelehnt. So gehören in dieser Legislaturperiode sogar zwei Oppositionsfraktionen, die FDP und Die Linken, dem PKA nicht an.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Fazit:

Die Linke wird in die Haushaltsberatungen den Antrag einbringen, dass der Haushalt des Landesamts für Verfassungsschutz auf Berliner Niveau reduziert – und das heißt: halbiert wird.

Sie wird außerdem Anträge zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes einbringen, die das Haushaltsrecht der Bürgerschaft gegenüber dem Verfassungsschutz und die Kontrolle des Verfassungsschutzes durch die Bürgerschaft stärken. Ändert sich nichts Substantielles, wird eine Klage vor dem Verfassungsgericht nicht ausgeschlossen.

Christiane Schneider

China: Streik für höhere Löhne in japanischer Elektrofabrik in Tianjin

Ein Streik hat Anfang Juli die Produktion in einer japanischen Elektrofabrik in Tianjin lahm gelegt – ein weiterer von sich in letzter Zeit mehrenden Protesten von Arbeitern gegen Hersteller. Die Fabrikarbeiter der Mitsumi Electric Co. in Tianjin fordern höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Selbstgemachte Banner mit den Forderungen der Arbeiter hingen am Tor der Fabrik, und rund 30 Arbeiter hatten sich am Eingang im Regen versammelt. „Wir wollen keinen Menschenhandel“, hieß es auf einem der Banner. „Wir wollen höhere Löhne“ und „Wir wollen fair behandelt werden“ hieß es auf anderen, von denen manche mehrere Meter lang waren. „Wir streiken, weil die Fabrik niemals unsere Löhne erhöht hat, dafür aber unsere Arbeitsstundenzahl. Wir können nicht mehr“, so eine Arbeiterin gegenüber Associated Press, die nur ihren Nachnamen, Wang, preisgab.

Es wurde nicht deutlich, in welcher Höhe die Arbeiter einen Lohnanstieg forderten. Ein Arbeiter erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur Xinhua, er bekomme nur 1500 Yuan, umgerechnet 175 Euro, pro Monat, obwohl er samstags arbeite und jeden Tag zwei Stunden Überstunden mache. Eine Arbeiterin, die anonym bleiben wollte, sagte gegenüber „China Daily“, sie bekomme nur 700 Yuan pro Monat, was unter Tianjins Mindestlohn liegt.

Mitsumi Electric erklärte, die Fabrik, die über 3300 Arbeiter beschäftigt, habe die Produktion gestoppt, da „einige ihrer Arbeiter höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen fordern“.

Das Unternehmen sagte, es verhandle mit den streikenden Arbeitern, und der Einfluss des Produktionsstopps sei „bislang begrenzt“.

Die Fabrik ist das neueste prominente Ziel der zunehmenden Arbeiterunruhen, die ausländische Firmen ins Wanken bringen. In den vergangenen Wochen forderten streikende Arbeiter höhere Löhne von Autoteileherstellern und anderen Herstellern, insbesondere von japanischen Autoteilefirmen, die im Süden Chinas sitzen. Die Arbeiter, von denen viele Wanderarbeiter aus armen Dörfern sind, erklärten, ihre Löhne seien trotz steigender Preise nicht angehoben worden, und die Firmen, die China als billigen Produktionsstandort ansehen, heimsten immer mehr Gewinne ein.

„Die Streiks zeigen, dass die Arbeiter zuversichtlicher darin sind, dass der Arbeitsmarkt sich zu ihren Gunsten verändert“, meint Li Changping, ein ehemaliger Lokalbeamter und Experte für Angelegenheiten in ländlichen Gebieten, der jetzt in einem regierungsunabhängigen Büro in Beijing arbeitet. „Einer der Gründe für ihre Forderungen ist, dass sie sich von den Gewinnen und vom Wohlstand ausgeschlossen fühlen. Ein anderer ist, dass sie finden, dass sie genug an steigenden Löhnen verdienen können, so dass sie sich wehren und einen faireren Anteil fordern.“

Es gibt kein spezifisches Gesetz in China, das Streiks als legal oder illegal definiert, aber es ist eindeutig, dass Behörden derartige Aktionen zurück-

halten wollen. Allerdings hat es sich für Arbeiter, die das Risiko eingegangen sind, gelohnt. Die Arbeiter in der Motorenfabrik von Honda in Süchina haben einen 24 Prozent hohen Lohnanstieg durchsetzen können, nachdem sie zwei Wochen lang gestreikt hatten. Arbeiter in der Fabrik des Textilunternehmens Pingmian in Zentralchina erhielten nach einem zweiwöchigen Streik eine Lohnsteigerung von 25 Prozent.

Soziologe Liu Kaiming meint, die Regierung sollte neutral bleiben, wenn es Streitigkeiten zwischen dem Unternehmensmanagement und den Arbeitern gebe. „Die Lokalregierungen in Süchina sind sich generell bewusst, dass ein Vorgehen gegen Arbeiterunruhen nicht die richtige Reaktion ist“, so Liu. „Das ist ein Grund, aus dem der Streik bei Honda mit einer Einigung auf eine Lohnerhöhung enden könnte. Lokalregierungen in Zentralchina sollten daraus lernen. Das einzige, was die Lokalregierungen bei Streiks tun sollten, ist, die soziale Ordnung aufrechtzuerhalten und den beiden Parteien zu helfen, einen effizienteren Kommunikationsmechanismus aufzubauen.“ Es hat außerdem Aufrufe gegeben, chinesische Gewerkschaften aufzufordern, bei der Wahrung der Rechte der Arbeiter und der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine aktivere Rolle zu spielen.

Zusammenstellung Edith Bergmann

Quelle: China Daily 4.7.2011 – <http://german.china.org.cn>

Korea: Verfolgung von öffentlichen Angestellten

Die Regierung Südkoreas wirft fast 1400 öffentlichen Angestellten und Lehrer/innen, alle Mitglieder der Gewerkschaft der öffentlichen Angestellten Koreas (KGEU) und der Lehrer/innen Gewerkschaft (KTU), vor, ein Gesetz gebrochen zu haben, das es öffentlichen Angestellten verbietet, politische Parteien zu unterstützen oder zu kritisieren. Diesen und tausenden weiteren öffentlichen Angestellten droht eine strafrechtliche Verfolgung. Die KGEU und die KTU sind mit den globalen Gewerkschaften Internationale der öffentlichen Dienste und der Education International verbunden. Der Sonderbotschafter der Vereinten Nationen zum Schutz der Meinungsfreiheit hat die südkoreanische Regierung dafür kritisiert, mit diesem Gesetz fundamentale Menschenrechte nicht zu gewährleisten. Die IÖD, die EI, die KGEU und die KTU bitten Gewerkschaften und Individuen, der koreanischen Regierung zu schreiben, um die strafrechtliche Verfolgung der Gewerkschaftsmitglieder einzustellen und Menschenrechte zu gewährleisten.

Quelle: <http://www.labourstart.org>

Starbucks in Chile: Hungerstreik

Am 25.7.2011 sind Mitarbeiter der US-amerikanischen Cafeteria-Kette Starbucks in Chile in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Seit 19 Tagen streikte bereits rund ein Drittel der Starbucks-Belegschaft aus gut 200 Mitarbeitern für eine Lohnerhöhung sowie grundlegende Verbesserungen. Vor dem Sitz der Firma im reichen Stadtteil Las Condes der Hauptstadt Santiago hat die Gewerkschaft ein Zelt aufgebaut. Gewerkschaftspräsident Andrés Giordano erklärt gegenüber Radio Bio Bio, dass die 200 Mitarbeiter die Entscheidung getroffen hätten, weil das Unternehmen bisher jegliche auf Einigung zielende Verhandlungen abgelehnt habe. Trotz Gewinnsteigerungen von rund 145 Prozent gab es bei dem chilenischen Starbucks-Ableger seit acht Jahren keine Anhebung des niedrigen Lohns. In seiner öffentlichen Erklärung redet Starbucks den Streik klein und betont, die Löhne seien für die Branche überdurchschnittlich, zudem gäbe das Unternehmen genug Ausgleichsleistungen. Die 31 Filialen würden auch während des Streiks regulären Service anbieten.

Quelle: <http://amerika21.de>

Südafrika: 150 000 Bergarbeiter streiken für mehr Lohn

In Südafrika sind am 25.7. rund 150 000 Bergleute in den Streik getreten. Seit Wochen verleihen sie mit Arbeitsnie-

derlegungen ihrer Forderung nach 14 Prozent mehr Lohn Nachdruck. Die Arbeitgeber haben nach Angaben der mächtigen Gewerkschaft NUM sieben bis 8,5 Prozent mehr Lohn angeboten. Der staatliche Stromversorger Eskom, der auf die Kohle angewiesen ist, sieht noch keine unmittelbare Gefahr für die Energieerzeugung. Ein Unternehmenssprecher sagte, der Kohlevorrat reiche durchschnittlich bis zu 36 Tage. Allerdings könne ein langer Streik gekoppelt mit einer höheren Energienachfrage im derzeitigen Winter die Stromversorgung stark beeinträchtigen. Der Energiekonzern muss auch mit Streiks seiner eigenen Beschäftigten rechnen. Für sie fordert die Gewerkschaft 16 Prozent mehr Lohn.

Quelle: <http://orf.at> 25.7.2011

USA: Beschäftigte bei T-Mobile erkämpfen gewerkschaftliche Vertretung

Techniker bei T-Mobile USA in Connecticut haben sich Mitte Juli für eine Vertretung durch die Gewerkschaft CWA (Communications Workers of America) ausgesprochen. Die Abstimmung für eine Vertretung durch die CWA erfolgte mit acht Stimmen dafür und sieben dagegen, wobei die Stimme eines Gewerkschaftsbefürworters, der erst seit kurzem der Einheit angehört, für ungültig erklärt wurde. Die Techniker in Connecticut sind die ersten, die sich bei T-Mobile USA für eine Gewerkschaftsvertretung ausgesprochen haben. Bei dem zur Deutschen Telekom gehörenden Unternehmen T-Mobile Deutschland werden die Rechte der Beschäftigten auf Tarifverhandlungen ohne Einschränkung geachtet, während das US-Management in der Vergangenheit stets eine Kampagne der Verzögerungstaktik und Einschüchterung der Beschäftigten geführt hatte. Die Techniker in Connecticut haben gegen diese Taktik standgehalten und sich für eine Gewerkschaftsvertretung ausgesprochen. „CWA ist stolz, mit diesen T-Mobile Technikern zusammenzuarbeiten, und mit den T-Mobile-Beschäftigten in New York, die sich organisieren und für Mitbestimmung am Arbeitsplatz kämpfen wollen. Sie haben sich für eine gute Sache stark gemacht“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der CWA im Bezirk 1, Chris Shelton. Der Vorsitzende des CWA-Ortsverbands 1298, Bill Henderson, sagte: „Dies ist eine historische Abstimmung. T-Mobile-Beschäftigte wehren sich und setzen die gewerkschaftliche Vertretung durch, die sie wollen. Dies zeigt, dass die Leute eine Gewerkschaft und Chancengleichheit wollen. Wir hoffen, dass dies richtungsweisend für alle Beschäftigten ist.“ Bo Larsen, Weltpräsident von UNI Telecom, die drei Millionen Beschäftigte vertritt, hatte die Abstimmung beob-

achtet, um die andauernde Unterstützung der weltweiten Gewerkschaftsbewegung für die Beschäftigten von T-Mobile USA im Kampf um gewerkschaftliche Vertretung zu demonstrieren. Er sagte: „Kein Beschäftigter darf eingeschüchtert werden, wenn er sein Recht auf gewerkschaftliche Vertretung und Tarifverhandlungen einfordert.“ Vergangene Woche hatte UNI Global Union gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund (der 175 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertritt), mit der für die Beschäftigten der Deutschen Telekom zuständigen Gewerkschaft Verdi und der Gewerkschaft CWA eine Beschwerde nach den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen gegen die DT und T-Mobile wegen gewerkschaftsfeindlicher Maßnahmen in den Vereinigten Staaten eingereicht.

Quelle: <http://www.ituc-csi.org>, 20. Juli 2011

Jordanische Lehrergewerkschaft: Gesetzentwurf enttäuschend

Seit langer Zeit fordert ein guter Teil der jordanischen Lehrerschaft das Recht, sich zu organisieren. Jahrzehntlang wurde dies abgelehnt. Was vor allem zwei Gründe hat: Die prinzipielle Furcht vor gewerkschaftlicher Organisation und die Tatsache, dass eine Lehrervereinigung wohl in kürzester Zeit die größte Vereinigung des Landes werden würde. Im Februar streikten die Lehrer/innen für dieses Recht – und im allgemeinen Stimmungshoch Arabiens traute die Regierung sich nicht mehr, weiterhin zu verhindern, dass die Lehrer/innen sich organisierten. Es wurde versprochen, in kurzer Zeit ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden.

Das soll nun in diesen Tagen geschehen. aber der veröffentlichte Entwurf hat Freude zu Enttäuschung werden lassen. Die Gründe sind vielfältig – haben aber alle damit zu tun, dass jede Menge Bestimmungen in dem Gesetzesentwurf enthalten sind, die darauf abzielen, die Organisation möglichst schwach zu halten, etwa indem in Wahlbestimmungen die Hauptstadt Amman deutlich benachteiligt wird.

Quelle: *Labournet* 22.7.2011, *Jordan Times*, 21. Juli 2011

Serbien: Textilarbeiter in Novi Pazar seit Wochen im Streik

Die tropische Hitze, unter der die Menschen auf dem gesamten Balkan seit Tagen stöhnen, schreckt die Belegschaft des bislang staatlichen Textilkombinats (TK) „Raska“ in Novi Pazar nicht von ihrem Kampf ab. Seit mehr als zwei Wochen streiken die Arbeiter in der südserbischen Stadt unweit der montenegrinischen Grenze. Kollegen haben die Fabriktore verbarrikiert.

Athener Manifest des EGB: Schutz von Wanderarbeit

Vom 16. bis 19. Mai tagte der 12. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in Athen. 500 Delegierte aus 36 Ländern diskutierten die Gewerkschaftsstrategie für die nächsten fünf Jahre in Europa. Zusammengefasst sind die Ergebnisse im Athener Manifest. Neben Forderungen zu besserer Kontrolle der Finanzmärkte und Sicherung sozialer Standards wird auch die Aufgabe festgehalten: „Die EU als Ganzes muss bei der Ausarbeitung von Lösungen für externe Migrationsströme die Führung übernehmen auf der Grundlage von Gleichheit, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zu denen wir uns in den Verträgen verpflichtet haben.“ Darüber hinaus wird der EGB „Wanderarbeitnehmer durch die Förderung der gegenseitigen Anerkennung der Gewerkschaftsmitgliedschaft und des Prinzips ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ auf der Grundlage des Gastlandprinzips schützen und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kämpfen. Darüber hinaus müssen alle Wanderarbeitnehmer das Recht haben, im Gastland über ihre Rechte beraten zu werden.“

Quelle: Publikation „Forum Migration August 2011“

Menschenrechte anerkennen und friedlichen Protest ermöglichen

Am 20. Juli 2011 haben zivilgesellschaftliche Organisationen in Malawi protestiert, darunter auch der mit der ITUC verbundenen Gewerkschaftszusammenschluss, der Malawi Confederation of Trade Union (MCTU). Ziel war es, die Regierung aufzufordern, sich den zunehmend verschlechternden wirtschaftlichen Bedingungen zu widmen und etwas gegen die repressiven Gesetze zu unternehmen. Nach landesweiten Demonstrationen kam es zu tagelangen Ausschreitungen, nachdem die Sicherheitskräfte der Regierung versucht hatten, die Proteste brutal niederzuschlagen. 19 Menschen starben und viele wurden verletzt. Die vorangegangenen Gesetzesänderungen sowie die gewaltsame Unterdrückung des friedlichen Protestes sind nicht zu akzeptierende Verletzungen von Menschenrechten. Trotz der Polizeigewalt haben die Demonstranten den Präsidenten Mutharika gebeten, bis 16. August auf ihre Forderungen einzugehen. Viele internationale Gewerkschaftsverbände und Gewerkschaften unterstützen die ITUC, verurteilen die Gewalt seitens der Regierung Malawis, und fordern diese auf, Menschen- und Gewerkschaftsrechte zu respektieren.

<http://www.labourstart.org>



Gewerkschaften machen weltweit mobil für menschenwürdige Arbeit

Im vierten Jahr in Folge werden Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechtsorganisationen in aller Welt am 7. Oktober erneut für menschenwürdige Arbeit mobil machen. Im vergangenen Jahr fanden 430 Aktionen in 98 Ländern statt, und die Erwartungen für dieses Jahr sind nicht minder hoch. Obwohl die Aktionen in den verschiedenen Ländern auf ganz unterschiedliche Themen eingehen werden, geht es in diesem Jahr in erster Linie um die Auseinandersetzung mit prekären Beschäftigungsformen und die Forderung einer globalen Regulierung des Finanzsektors. „Nachdem sie bereits für die Rettung der Banken gezahlt haben, werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jetzt erneut für die Krisenbekämpfung zur Kasse gebeten, da durch die Kürzungen im öffentlichen Dienst unerlässliche Leistungen und Zuschüsse vermindert bzw. gestrichen werden. Zudem haben die Unternehmen mit Unterstützung einiger Regierungen einen unerbittlichen Angriff auf die Löhne und die Arbeitsplatzsicherheit gestartet“, erklärte IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow. Angesichts von 205 Millionen Menschen ohne Arbeit und somit einer Arbeitslosigkeit auf Rekordhöhe ist die Förderung nachhaltiger Lösungen, einschließlich Sozialschutz, wichtiger denn je. Die derzeitigen Prognosen gehen von weiteren 45 Millionen jungen Menschen aus, die im kommenden Jahrzehnt arbeitslos sein werden. Gelingt es den Regierungen nicht, ihre Wirtschaftspolitik so umzugestalten, dass menschenwürdige, nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen werden, so hätte dies katastrophale soziale und wirtschaftliche Folgen. Prekäre Arbeit bezieht sich auf Beschäftigungsformen, die durch atypische Arbeitsverträge, begrenzte oder überhaupt keine Sozialleistungen und gesetzlichen Ansprüche, geringe Arbeitsplatzsicherheit, eine kurze Dauer des Arbeitsverhältnisses, niedrige Löhne und ein hohes Risiko in Bezug auf Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten geprägt sind. Unter denen, die nur derart unsichere und unvorhersehbare Beschäftigungsformen finden können, befinden sich unverhältnismäßig viele junge Menschen und Frauen.

Quelle: <http://www.ituc-csi.org>

Die etwa 1500 Arbeiter verlangen die sofortige Auszahlung ausstehender Löhne in einem Umfang von 8,5 Millionen Euro, die ihnen das Unternehmen seit 1993 schuldet. Ein Gerichtsurteil vom 31. Mai gab den Beschäftigten Recht. Streiksprecherin Senada Rebronja kündigte gegenüber der Nachrichtenagentur Tanjug an, die Proteste würden erst dann beendet, wenn die Forderungen der Arbeiter erfüllt seien. Vor einigen Tagen wurden diese der serbischen Regierung übergeben, nachdem eine Gruppe von Arbeitern zu Fuß nach Belgrad marschiert war, um auf ihre Probleme aufmerksam zu machen. Bisher warten sie jedoch vergeblich auf eine Antwort von den offiziellen Stellen. Lediglich der für Wirtschaft und Entwicklung zuständige Kommunalvertreter Ramiz Paljevac, der auch dem Aufsichtsrat des bestreikten Unternehmens angehört, verstieg sich zu

der Aussage, der Protest sei sinnlos, „da sie ohnehin bekommen werden, wofür sie streiten“. Die Proteste werden von der örtlichen Betriebsgewerkschaft geleitet. Schon seit Jahren machen diese und die Arbeiter des TK mit spektakulären Aktionen auf ihre Situation aufmerksam. Die Betriebsgewerkschaft hatte sich gegründet, weil die großen, etablierten Verbände korrupt seien, wie Bulatovic damals sagte. Diese Ansicht ist in Serbien weit verbreitet und hat mit dazu geführt, dass es in dem Land mit seinen (ohne das Kosovo) acht Millionen Einwohnern mittlerweile Tausende „unabhängige“ Gewerkschaften gibt. Trotz dieser Zersplitterung kommt es seit Anfang August in ganz Serbien vermehrt zu spontanen Streiks, von denen vor allem die Logistikbranche und Häfen entlang der Donau betroffen sind.

<http://syndikalismus.wordpress.com>, 29.8.2011



Blockadejahr in Gorleben gestartet

GORLEBEN. Unter dem Motto „Heute wir, morgen ihr!“ haben am 14. August 2011 AtomkraftgegnerInnen die erste Blockade im Rahmen der Kampagne gorleben365 aufgenommen: „Wir wollen andere Menschen mit unserem Handeln dazu motivieren, Verantwortung nicht zu delegieren, sondern sich eigenverantwortlich für den vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie einzusetzen“, erklärt Steffi Barisch, Pressesprecherin der Kampagne. Trotz strömenden Regens harrten mehr als 300 Menschen aus, um den Baustellenverkehr des geplanten Endlagers für hochradioaktiven atomaren Abfall zu behindern. Die Aktion bildet den Startschuss zu einem zwölfmonatigen Blockademarathon, zu dem die Initiative X-tausendmal quer – gewaltfrei und ungehorsam gegen Castor und Atomkraft sowie die Kurve Wustrow – Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion einladen. „Auch in den USA dauerte der Busboykott der schwarzen Bürgerrechtsbewegung zur Überwindung der Rassentrennung in öffentlichen Verkehrsmitteln 381 Tage. Geduld, Beharrlichkeit und langer Atem sind im Kampf um die Nutzung der Atomenergie auch in Gorleben unsere Begleiter“, so Katja Tempel von der Kampagne gorleben365.

www.gorleben365.de, Bild: Andreas Conradt / PubliXviewinG

Demonstration „Freiheit statt Angst“ am 10. September

BERLIN. Ein breites gesellschaftliches Bündnis ruft zur Demonstration für Freiheitsrechte, für einen modernen Datenschutz und für ein freies Internet auf: Am Samstag, den 10. September 2011, wird unter dem Motto „Freiheit statt Angst!“ in Berlin und in anderen Städten weltweit ein internationaler Aktionstag für eine offene Gesellschaft und gegen den ausufernden Überwachungswahn stattfinden. In dem Aufruf heißt es: „Wir wollen eine freie, demokratische und offene Gesellschaft, die ohne bedingungslos private Räume und ungehinderte

Kommunikation nicht existieren kann. Wir streiten für ein freies Internet mit gleichem Zugang für alle, ohne Diskriminierung einzelner Inhalte und für den Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit im Internet weltweit. Der Respekt vor unserer Privatsphäre ist unabdingbarer Bestandteil unserer menschlichen Würde – und zwar in allen Lebensbereichen.“

<http://blog.freiheitstattangst.de/about/>

Coordination gegen Bayer-Gefahren startet Rettungskampagne

DÜSSELDORF. Seit 1978 hat die Coordination gegen Bayer-Gefahren weit über hundert Kampagnen zu Störfällen, Pestiziden, Schadstoff-Emissionen, Gentechnik, risikoreichen Pharmaprodukten, der IG Farben-Geschichte und vielem mehr initiiert. 1991 siegte das Netzwerk gar in einem spektakulären Verfahren vor dem Bundes-Verfassungsgericht gegen Bayer. Während andere Organisationen staatliche oder kirchliche Unterstützung erhalten, muss sich die Coordination gegen Bayer-Gefahren komplett selbst finanzieren. Axel Köhler-Schnura, Gründungsmitglied der CBG: „Konzernkritik ist kein Spaziergang. Großunternehmen wehren sich mit harten Bandagen. Repression, Verleumdung, Behinderung. Auch wird uns konsequent die Gemeinnützigkeit verweigert – der lange Arm eines Konzerns wie Bayer reicht weit.“ Die CBG versteht ihre Arbeit als beispielhaft für alle Konzerne. Sie ist jedoch akut in Gefahr. Sozialabbau und sinkende Realeinkommen haben die Spenden-Einnahmen stark sinken lassen. Die CBG startet daher eine Rettungskampagne. Bis Ende 2011 muss das Netzwerk 350 neue Mitglieder gewinnen, andernfalls geht das Licht aus. Informationen über Unterstützungsmöglichkeiten unter:

www.cbgnetwork.org/3967.html

Zehn Jahre „Coffee to Go“

KÖLN/BERLIN. Anlässlich des zehnten Jahrestages der Vertreibung von 2000 Menschen in Mubende, Uganda, haben am 19. August 2011 FIAN-AktivistInnen vor der ugandischen Botschaft in Berlin demonstriert. Mit einer szenischen Darstellung kritisierten sie die Straflosigkeit und das Verhalten der ugandischen Regierung sowie des deutschen Investors Neumann Kaffee Gruppe. Im August 2001 vertrieb die ugandische Armee hunderte Familien gewaltsam von dem von ihnen bewohnten und bewirtschafteten Land im Distrikt Mubende. Anschließend wurde das Land in eine der größten Kaffeeplantagen Ugandas verwandelt, die von der Kaweri Coffee Plantation Ltd. verwaltet wird. Kaweri ist ein Tochterunternehmen der deutschen

Neumann Kaffee Gruppe. Bis heute warten die Vertriebenen auf die Rückgabe ihres Landes und eine angemessene Entschädigung für das erlittene Unrecht. Seit 2002 wird der Gerichtsprozess, den die Betroffenen gegen den Staat Uganda und die Neumann Kaffee Gruppe führen, immer wieder verschleppt. Auch jüngere Bemühungen um eine außergerichtliche Einigung sind im Sande verlaufen. „Als Unterzeichnerstaat des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ist Uganda völkerrechtlich dazu verpflichtet, das Recht auf Nahrung zu respektieren“, unterstreicht Flavio Valente, Generalsekretär von FIAN International. „Das begangene Unrecht ist seither nicht rückgängig gemacht worden. Die Menschenrechtsverletzung ist strafflos geblieben.“ Aus diesem Grund fordert FIAN, dass sowohl die ugandische Regierung wie auch die Neumann Kaffee Gruppe endlich für die Verletzung des Rechts auf Nahrung Verantwortung übernehmen müssen.

www.fian.de

Protestbündnis gegen Petersberg II

BONN. Die Antikriegs- und Friedensbewegung ruft zu gemeinsamen und vielfältigen Aktivitäten in Bonn auf. Unter dem Motto „Sie reden von Frieden, Sie führen Krieg – Truppen raus aus Afghanistan!“ werden am 3. und am 4. Dezember 2011 eine bundesweite Demonstration sowie eine internationale Konferenz stattfinden. Diese sollen ein kraftvolles Zeichen gegen die menschenfeindliche Politik des Krieges zu setzen. Des Weiteren sind Aktionen des zivilen Ungehorsams für den 5. Dezember geplant, dem Tag der internationalen Afghanistan Regierungskonferenz. Aufruf und Vorbereitungstermine:

www.afghanistanprotest.de

CO₂-Endlager-Projekte unter der Nordsee ad acta legen

HAMBURG/BERLIN. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat davor gewarnt, in der Nordsee Projekte zur unterirdischen Verpressung von Kohlendioxid aus Kohlekraftwerken oder Industrieanlagen zu verfolgen. Die Anwendung der sogenannten „CCS-Technologie“ (Carbon Capture and Storage) könne schwere ökologische Schäden bei der Fauna und Flora im Meer verursachen. Der hohe Druck, der zur Verpressung des Kohlendioxids in die Tiefe erforderlich sei sowie chemische Reaktionen im Untergrund könnten zu CO₂-Leckagen führen. Die zwangsläufige Verdrängung großer Mengen saliner Formationswässer, also salzhaltigen Wassers aus den unterirdischen Lagerstätten, durch das eingelagerte Kohlendioxid hätte verheerende Folgen sowohl für

eine Vielzahl von Meereslebewesen als auch für regionale Wirtschaftszweige wie die Fischerei und den Tourismus. Möglich seien auch Beeinträchtigungen des UNESCO-Welterbes Wattenmeer sowie Versalzungen von Trinkwasservorkommen an der Nordseeküste. Bedroht sei außerdem eine Vielzahl von Riffen und Sandbänken, die zu Natura-2000-Schutzgebieten gehörten. Der Umweltverband stellte in Hamburg ein Gutachten des Geologen Ralf Krupp mit dem Titel „Risiken der Verpressung von Kohlendioxid unter der Nordsee“ vor, das die geologischen und ökologischen Gefahren der Anwendung von CCS im deutschen Teil der Nordsee darstellt ... Der BUND startet heute im Internet unter eine bundesweite Online-Protestaktion, bei der die Ministerpräsidenten aufgefordert werden, im Bundesrat eine Ablehnung des CCS-Gesetzes herbeizuführen.

**Aktionen ...
Initiativen**

www.bund.net/

München: Widerstand gegen dritte Startbahn wächst

MÜNCHEN. Etwa 300 bayerische Ausbaugegner haben am 29.7. die CSU-Parteizentrale in München belagert. Sie reagierten damit auf einen von der Bezirksregierung Oberbayern vor wenigen Tagen erteilten Planfeststellungsbeschluss. Er erlaubt den Bau einer umstrittenen, 4 000 Meter langen „Neuen Nordbahn“ im Erdinger Moos. Gesprächsangeboten seitens der CSU erteilten SprecherInnen des Bündnisses „AufgeMUCkt“ eine klare Absage: „Diskutieren wollen und gleichzeitig bauen – das geht nicht“. Nahziel der AusbaugegnerInnen ist – mit Blick auf die nächsten Wahlen – die Verhinderung eines Sofortvollzuges, mit dem bereits im Herbst Tatsachen geschaffen werden könnten: Bereits 2015 will die Flughafen München GmbH, die zu 51 Prozent dem Weisswurststaat gehört, mit der Bahn ihre Stundenzapazität auf 120 Flugbewegungen hochschrauben. Aus einigen Anti-Lärm-Initiativen heraus hat sich in den letzten fünf Jahren ein schlagkräftiger Widerstand entwickelt. Der Flughafen droht die letzten Freiflächen des Isar-Schwemmlandes zu fressen und rückt direkt an die Orte Attaching und Berglern heran. Das Sprengel Schwaigermoos müsste sogar „abgesiedelt“ werden. Ein Hüttendorf brauchen die Ausbaugegner also nicht zu bauen – sie sitzen schon drin. Politisch wird der Protest von den Grünen, Teilen der SPD, Bund Naturschutz, VCD und zahlreichen Anliegerkommunen mitgetragen. Besonders unangenehm für die CSU-Spitze ist die starke Beteiligung kirchlicher Gruppen am Protest ...

<http://bbi.unser-forum.de/index.html>

Merkposten für die Haushaltsberatungen in Mannheim: Mindestens 30 tarifliche Stellen mehr für die Stadtreinigung!

In den kommenden Haushaltsberatungen wird der Gemeinderat nicht umhinkommen, im Eigenbetrieb Abfallwirtschaft, Abteilung Stadtreinigung die Zahl der Planstellen im gewerblichen Bereich wesentlich zu erhöhen. Die Zahl der als Straßenreiniger (zu Fuß oder auf Reinigungsfahrzeugen) beschäftigten Mitarbeiter liegt bei etwa 100. „Zusätzlich“ beschäftigte der Eigenbetrieb in den Jahren 2009/2010 zeitweise bis zu 77 Menschen, die Leistungen nach dem SGB II in der sog. Entgeltvariante bezogen (befristete tarifliche Beschäftigung mit reduzierter Stundenzahl, sozialversichert, jedoch ohne Beitrag zur Arbeitslosenversicherung; Voraussetzung: ein Ein-Euro-Job wurde durchlaufen [§ 16 e SGB II]). Die Arbeit dieser Beschäftigten wurde vom JobCenter vollständig finanziert, sie war für den Eigenbetrieb kostenneutral. Diese „Beschäftigungs-förderungsmaßnahmen“ des Jobcen-

ters liefen Ende 2010 aus. Dies hängt wesentlich mit der massiven Kürzung der „Eingliederungstitel“ durch die Bundesagentur für Arbeit zusammen. Ein weiterer Punkt dürfte die dünner werdende Luft für solche SGB-II-Maßnahmen im Bereich notwendiger Regelarbeitsplätze sein. Zwar setzt die Entgeltvariante nicht das Kriterium „gemeinnützig und zusätzlich“ voraus wie der „Ein-Euro-Job“ [§16 d SGB II], welches jüngst durch ein Urteil des Bundessozialgerichts nachdrücklich gegen die Stadt Mannheim bestätigt wurde (s. Kasten), doch liegt die Missbräuchlichkeit bei der Stadtreinigung auf der Hand.

Alle Welt (vorneweg CDU und Mannheimer Liste) erregt sich seit Jahren über die zunehmende Verschmutzung der Straßen, Wege, Plätze und Grünanlagen. Dies liegt freilich nicht daran, dass die Straßenreiniger faul wären oder die Betriebsleitung unfähig.

Ein-Euro-Jobs: Eine Klatsche des Bundessozialgerichts für die Stadt Mannheim

Es war einmal ein Hartz-IV-Empfänger, der wurde im Jahr 2005 vom JobCenter Mannheim zur Stadtverwaltung delegiert. Er klagte und bekam nach fünf Jahren in letzter Instanz Recht.

Seit 1. Januar 2005 bezog er Arbeitslosengeld II, am 24. März wurde ihm per Bescheid eine „Arbeitsgelegenheit gegen Mehraufwandsentschädigung“ alias Ein-Euro-Job als Bürohilfskraft bei der Stadt zugewiesen. Die Stelle war jedoch schon anderweitig besetzt. Daraufhin fand der Fallmanager einen anderen Job für ihn: Er schlug ihm am 6. April einen Job als Umzugshelfer beim Umzug des gerade kommunalisierten ehemaligen staatlichen Gesundheitsamtes vor. Der Mann legte Widerspruch ein und beantragte beim Sozialgericht einstweiligen Rechtsschutz. Während des laufenden Eilverfahrens trat der Mann am 25. April den Job als Umzugshelfer an. Zwischenzeitlich zog das Jobcenter den Bescheid vom 24. März zurück. Am 18. Mai 2005 stellte der Mann die Arbeit ein. Seine Klage forderte tarifliche Bezahlung für seine geleistete Arbeit, da der Umzug offensichtlich notwendig und keineswegs „zusätzlich“ war. Er reichte die Klage zunächst beim Arbeitsgericht ein. Dies stellte gemäß § 16 d SGB II fest, dass eine „Arbeitsgelegenheit“ kein Arbeitsverhältnis begründe und somit die Arbeitsgerichtsbarkeit nicht zuständig sei. Das Sozialgericht in erster und auch in zweiter Instanz behauptete in seinen Urteilen, der Ein-Euro-Jobber sei mit

seiner SGB-II-Leistung gut bedient, weil er mit tariflicher Bezahlung in dieser Branche weniger zu bekommen habe (hört! hört!). Erst das Bundessozialgericht rechnete neu und stellte fest, die Vorinstanzen hätten den Tarifanspruch mit dem ALG II seit 24.3. gegengerechnet. Tatsächlich aber hätten sie nur das ab 25. April bezogene ALG II in Ansatz bringen dürfen, weil erst ab diesem Zeitpunkt die angeblich „zusätzliche“ Arbeit geleistet worden sei. Genau diese „Zusätzlichkeit“ sah das BSG als nicht gegeben an und sprach dem Kläger einen Anspruch von 149,28 Euro zu als Differenz zwischen Tarifentgelt und Arbeitslosengeld II für die Tage zwischen 25. April und 18. Mai. Der Beklagte, das JobCenter Mannheim, habe sich auf Kosten des Klägers bereichert.

Dieses Revisionsurteil vom 13. April 2011 (B 14 AS 98/10 R) hat grundsätzliche Bedeutung. Denn es stellt die bisher zahlreichen „Zusatzarbeitsplätze“ bei der Stadt unter das Risiko einer eventuellen Nachschusspflicht auf tarifvertragliches Niveau. Es hat den Schönheitsfehler, dass es um Jahre zu spät kommt. Von der Leyen hat inzwischen die Ein-Euro-Jobs weitgehend zurückfahren lassen und die „Bürgerarbeit“, eine Art Entgeltvariante, aus der Schublade holen lassen.

Bürgerarbeit à la Stadt Mannheim

Von der Leyens neueste Variante des „Forderns und Förderns“ laut SGB II ist das Modellprojekt „Bürgerarbeit“. Zielgruppe sind Langzeitarbeitslose im SGB-II-Bezug, mit dem Amtsmerkmal „besonders schwer zu vermitteln“. Die Arbeit muss zu tariflichen Stundensätzen erfolgen und ist sozialversicherungspflichtig. Als „Vollzeit“ gilt eine Arbeitsstelle mit 30 Stunden pro Woche. Man will nicht, dass die „Hartz-IVler“ sich an wirkliche Vollzeittarifarbeit gewöhnen und beim ggf. anstehenden Rückfall in den Hartz-IV-Bezug herumzicken. Für einen „Vollzeit“-Arbeitsplatz zahlt die Bundesagentur dem Arbeitgeber 1080 Euro.

In einem Interessenbekundungsverfahren hatte sich das JobCenter Mannheim an der Ausschreibung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) beteiligt und für die Jahre 2011 bis 2014 einen Zuschlag bekommen für 100 „Vollzeit“- und 50 Teilzeit-Bürgerarbeitsplätze.

Wie nun soll „Tarifarbeit“ mit 1080 Euro

Arbeitgeberkosten für 30 Wochenstunden gehen? Bei einigen Wohlfahrtsverbänden geht's; denn ihre Tarife sind entsprechend, z.B. der Notlagentarifvertrag der AWO. Bei Kommunen, die nach TVöD zahlen, geht's nicht. Frau von der Leyen weiß aber auch hier Rat: Die Stadt könnte ein Verleih-Unternehmen mit den furchtbaren Leasingarbeits-Tarifverträgen gründen und die „Bürgerarbeiter/innen“ bei sich selbst entleihen. Dieses jedoch betrachtet die Verwaltungsspitze sehr zu Recht als Umgehen des TVöD. (Diese Einsicht folgt wohl einer dunklen Vorausahnung der Reaktionen von Gemeinderatsmehrheit, Gesamtpersonalrat und Verdi). Ergebnis dieser Überlegungen ist nun: Die Stadt installiert 15 „Bürgerarbeits“-Plätze auf drei Jahre und bezahlt sie nach TVöD. Die Differenz zwischen dem Agenturzuschuss von 1.080 Euro monatlich und dem Tarif wird durch jährlich 8 000 Euro pro Platz ausgeglichen. Dieser Ausgleich erfolgt im Rahmen des Kommunalen Beschäftigungsförderungsprogramms 2011, welches der

Gemeinderatsausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Soziales und der Hauptausschuss in gemeinsamer Sitzung am 19.7.2011 billigte (366/2011).

Dies ist in meinen Augen ein positiver Ansatz kommunaler Beschäftigungspolitik. Er löst sich von der Idee, Menschen auf dem Existenzminimum zu belassen und Arbeitsleistung von ihnen zu verlangen. Er zeigt zugleich auf, dass das Problem nicht die langzeitarbeitslosen Menschen sind, sondern der Mangel an geeigneten Arbeitsplätzen mit entsprechender Aufmerksamkeit für die Eingliederung Langzeitarbeitsloser. Warum eigentlich richtet sich das „Fordern und Fördern“ an die Opfer des Arbeitsmarkt-Chaos und der Dumping-Spirale und nicht an die Unternehmen, die geeignete Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen hätten, nach Quote? Folgt nicht auch die Integration von Menschen mit Behinderungen dieser Logik, wenn auch bei weitem nicht konsequent und wirksam genug. Die Hartz-Gesetze haben das „Fordern und Fördern“ auf den Kopf gestellt.

Immer wieder weist der Eigenbetrieb Abfallbeseitigung darauf hin, dass die Anforderungen an die Stadtreinigung in den letzten Jahren erheblich steigen durch „zunehmende Verschmutzungen, wilde Müllablagerungen und missbräuchliche Nutzung von Papierkörben“. Außerdem sind durch städtebauliche Maßnahmen wie z.B. öffentliche Straßen und Wege im Bereich Neckarpromenade, Breite Straße, SAP-Arena, Alter Messplatz und Hafenpromenade höhere Anforderungen entstanden. Wer möchte nun behaupten, dass die intensive Reinigung dieser Flächen eigentlich nicht nötig, keine Pflichtaufgabe der Stadt ist?

Die SGB-II-Arbeitskräfte wurden – so lange sie verfügbar waren – für einen zweiten Reinigungsdurchgang am Nachmittag eingesetzt. Für die

Planken kann man sicherlich von ausreichender Sauberkeit sprechen. Für hochfrequentierte Bereiche in den Stadtteilen, außerhalb der City und südlichen Neckarstadt, reichten auch diese Kapazitäten jedoch nicht aus. Nun klafft seit 2011 eine erhebliche Personallücke, die durch Arbeitsverdichtung und Überstunden des Stammpersonals ausgeglichen werden soll – ein nicht akzeptables Verfahren. Der Eigenbetrieb Abfallbeseitigung hat ohnehin schon im Arbeiterbereich einen Anteil von 31% leistungseingeschränkter Mitarbeiter, was auf einen hohen Verschleiß hindeutet. Da nun die SGB-II-Beschäftigten entfallen, muss dringend etwas geschehen! Und das heißt nichts anderes, als dass die städtischen Haushaltsmittel für diesen Bereich um weit über eine Million Euro

aufgestockt werden müssen.

Im Gegensatz zur Müllentsorgung, die sich aus Gebühren finanziert, verfügt die Stadtreinigung kaum über eigene Einnahmen. Die Kosten werden durch einen städtischen Zuschuss von zurzeit 10,3 Millionen Euro ausgeglichen. Mehr Personal erfordert einen höheren Zuschuss aus dem städtischen Haushalt.

Daran ändert auch nichts, dass im Bereich Müllentsorgung jahrelang Überschüsse erwirtschaftet wurden. Diese lassen sich nicht in die Abteilung Straßenreinigung verschieben. Vielmehr müssen die seit 2004 durch zu hohe Gebühren und „sparsame Haushaltsführung“ erarbeiteten Überschüsse innerhalb fünf Jahren an die GebührenzahlerInnen zurückgegeben werden. Dies geschah durch zwei Gebührensenkungen in den Jahren 2007 und 2008. Bis 2012 sollen diese Überschüsse durch inzwischen einkalkulierte negative Betriebsergebnisse abgebaut sein. Eine Verschiebung zur Stadtreinigung ist somit nicht machbar und rechtlich auch gar nicht möglich, weil Gebühreneinnahmen immer zweckgebunden sind und für Leistungen erhoben werden, die genau auf den Gebührenzahler zugerechnet werden können. Für allgemeine Stadtreinigung können keine Gebühren erhoben werden. Man darf gespannt sein, wie die Sauberfrauen und -männer im Gemeinderat, denen jede kommunale Planstelle ohnehin zu viel ist, mit ihrem zweifellos berechtigten Sauberkeitsbedürfnis haushaltspolitisch umgehen werden.

*Thomas Trüper, Mannheim,
Stadtrat Die Linke*



Antrag: Zwangsräumung – welche Alternativen gibt es? FRANKFURT A.M. Die Zahl der Zwangsräumungen steigt in Frankfurt stetig an.

Im August 2011 sind schon 782 Fälle für das Jahr bekannt. Auf die Stadt kommen, z. B. durch Hotelunterbringungen jährlich steigende Kosten zur Vermeidung von Obdachlosigkeit hinzu. Die Fraktion Die Linke im Römer beantragt daher: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Magistrat möge prüfen und berichten: aus welchen Gründen es zu Zwangsräumungen gekommen ist, ob in den letzten Jahren Zwangsräumungen durch städtische Ämter abgewendet werden konnten, welche Maßnahmen zukünftig zur Abwendung von Zwangsräumungen erfolgen sollen. Begründung: Nicht nur der Fall der Familie Tosun im Frankfurter Mainfeld zeigt, dass Zwangsräumung als Ultima Ratio keine Probleme löst, sondern im Gegenteil nur neue Probleme schafft. Es müsste aber allen Beteiligten daran gelegen sein, bereits im Vorfeld eine Lösung zu finden, die den betroffenen Familien die Perspektive des Verbleibs in ihrer bisherigen Wohnung ermöglicht.

<http://dielinke-im-roemer.de>

Langfristig öffentliche und private Wagenplätze ermöglichen: FREIBURG. Der Verlauf der Räumung des M1- Geländes durch die Polizei hat nach Auffassung der Unabhängigen Listen gezeigt, dass die Frage von Wagenplätzen in Freiburg keineswegs erledigt ist, sondern umso dringender auf der Tagesordnung steht. Brennende Barrikaden auf der einen Seite und ein unverhältnismäßiges, massives Polizeiaufgebot aus ganz Baden-Württemberg, das auf ein leeres Gelände im Vaubaneingang traf, macht das politische Dilemma mehr als deutlich. Das Wagenkollektiv Rhino hat sich während der gesamten Räumung friedlich verhalten, dass es aber radikale Reaktionen auf die Räumungsankündigung des OB geben würde, war zu erwarten und wurde kommunalpolitisch in Kauf genommen. Es hätte nie so weit kommen müssen: die UL fordert seit langem eine politische Lösung, nämlich die Ausweisung von Wagenplätzen, ob städtisch oder privat, anstatt diese Wohnform zu kriminalisieren ...

www.linke-liste-freiburg.de

Die Linke: Tabuthema Schulschwänzen angehen! HANNOVER. Laut wissenschaftlichen Studien läuft eine wachsende Gruppe von hannoverschen Schülern Gefahr, sich vom Schulbetrieb wegen erlebter häufiger Frustrationen auf Dauer fernzuhalten. Hannover nimmt dabei unter den deutschen Großstädten einen vorderen Platz ein. Der Anteil der Schulschwänzer lag schon vor vier Jahren an den Hauptschulen bei knapp 26 Prozent. Diese Schüler stehen vor dem Nichts, berufliche oder familiäre Planungen werden unmöglich. Eine besondere Risi-

kogruppe sind Hauptschüler in den höheren Jahrgängen und Berufsschüler im Berufsvorbereitungsjahr. Vor allem ein niedriger sozialer Status verbunden mit Migrationshintergrund begünstigt die Entwicklung von Schulumüdigkeit. Die Linke im Rat der Landeshauptstadt will sich damit nicht abfinden und hat deshalb einen Antrag eingebracht, in dem die Stadt aufgefordert wird, dieses Problem anzugehen. Sie soll in ihren Jugendeinrichtungen Kontaktstellen für Schulverweigerer einrichten und eine Koordinationsstelle für das mit Europageldern geförderte Programm „Schulverweigerung – Die zweite Chance“ aufbauen. Dieses Programm ermöglicht eine auf den Einzelfall abgestellte individuelle Betreuung. Für die Umlandgemeinden in der Region gibt es drei solcher Koordinationsstellen. „Für geschätzte 1800 hilfebedürftige Schulverweigerer unterhält die Stadt mit der ‚Glashütte‘ nur eine einzige Einrichtung mit zwölf Betreuungsplätzen“, kritisiert Oliver Förste, Fraktionschef der Linken im Rat. „Das entspricht einem Versorgungsgrad von lächerlichen 0,67 Prozent.“

www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen

Blockade gegen Sozialticket aufgeben: BOCHUM. Das Land NRW hat den Weg für ein „Sozialticket“ im VRR-Gebiet frei gemacht. Mit 30 € wäre dieses Ticket zwar deutlich teurer als von vielen Sozialinitiativen und der Linken gefordert, aber es wäre besser als nichts. Auf Anfrage der Linken im Landtag hat jetzt das Innenministerium klargestellt, dass auch Kommunen im Nothaushaltsrecht das Sozialticket einführen können. Aus Sicht der Linken im Rat ist die Einführung in Bochum längst überfällig. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende, Uwe Vorberg: „Bereits im Juni 2008 hatte sich der Rat der Stadt Bochum für die Einführung eines Sozialtickets im VRR ausgesprochen. Seither gab es viele Versprechungen und keine konkreten Schritte. In Bochum hatte sich im Gegenteil der Bogestra-Geschäftsführer immer wieder gegen ein Sozialticket ausgesprochen. Ohne belastbare Zahlen und entgegen der Erfahrungen in Köln und Dortmund behauptet er, dass Sozialticket würde ein großes Minusgeschäft.“

<http://www.die-Linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen>

Antrag: Tariftreue bei öffentlichen Vergaben – auch in Bayern! MÜNCHEN. Orhan Akman, Stadtrat der Linken, beantragt: Der Stadtrat möge beschließen: 1. Oberbürgermeister Ude appelliert an den bayerischen Landtag und die Landesregierung und setzt sich zusammen mit den Vertretern des bayerischen Städtetages dafür ein, dass in Bayern eine Tariftreueverordnung analog der anderen acht Bundesländern eingeführt/beschlossen wird. Als Beispiel könnte hierfür die Regelung aus NRW zur Grunde gelegt

werden. 2. Über die Umsetzung und das Ergebnis wird dem Stadtrat berichtet. Begründung: Nachdem der Europäische Gerichtshof das sogenannte „Rüffert-Urteil“ (dieses besagt, dass das niedersächsische Tariftreuegesetz die europäischen Entsenderichtlinien verletzt) gefällt hat, setzten die meisten Landesregierungen, in denen es Tariftreueverordnungen gab, diese aus. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen war dadurch nicht mehr von der Anwendung bestimmter Tarifverträge abhängig, sondern unterlag nur noch dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit. In 2011 erlebte die Tariftreue jedoch ein Comeback, acht Bundesländer haben ein entsprechendes Gesetz, vier weitere Bundesländer werden ein solches verabschieden. Nach diesen Gesetzen müssen die beauftragten Unternehmen mindestens den branchenspezifischen Mindestlohn zahlen. So verstoßen sie nicht gegen das Urteil des Europäischen Gerichtshofes.

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Solidarität mit den BauwagenbewohnernInnen in Wilhelmsburg – Linke kritisiert Wildwest-Manier! HAMBURG. Laut Hamburger Abendblatt hat Markus Schreiber, Bezirksamtsleiter Hamburg-Mitte, der Wilhelmsburger Bauwagengruppe Zomia ein Ultimatum gestellt: Bis Mitte September solle diese auf eine noch nicht festgelegte Flächen außerhalb des Bezirks ziehen, ansonsten würde das Gelände geräumt. In einer bezirklichen Abstimmung stellten sich die SPD und die FDP hinter Schreiber, während sich die anderen Parteien, insbesondere Die Linke, für einen dauerhaften Verbleib der Bauwagengruppe vor Ort einsetzten. Diese Entscheidung kritisiert Heike Sudmann, die Sprecherin der Bürgerrechtsfraktion Die Linke für Stadtentwicklung: „Die Argumente von Herrn Schreiber bleiben unverständlich. Es ist grotesk, wenn damit argumentiert wird, dass das Gelände als Industriebrache ausgewiesen wäre, während gleichzeitig in anderen Bezirken nach ungenutztem Industriegelände für die Bauwagen gesucht wird. Geradezu in Wildwest-Manier soll nun Zomia aus dem so schön im Gentrifizierungsboom angekommenen Wilhelmsburg vertrieben werden ... Es gibt bei der SPD und FDP Mitte offenbar beträchtlichen Argwohn gegenüber allem, was außerhalb des Mainstreams liegt.“

www.die-linke-hamburg.de

Schuldenbremse: Linke fordert SPD und Grüne auf, den Hoffmann-Vorschlag abzulehnen: BRAUNSCHWEIG. Oberbürgermeister Hoffmann hat mitgeteilt, dass er CDU, SPD, FDP und Grüne vorgeschlagen habe, eine Schuldenbremse in der Hauptsatzung festzuschreiben. Die Linke wurde von Hoffmann wohl deshalb nicht angeschrieben, weil er vermutete, dass der Vorschlag von den Linken ohnehin abgelehnt würde. Mit dieser Vermutung hätte Hoffmann recht. Die Ableh-

nung der Linken ergibt sich aus folgenden Tatsachen: Die verfassungsgemäße Garantie auf kommunale Selbstverwaltung ist durch Bundes- und Landesgesetze ohnehin massiv eingeschränkt. Eine Schuldenbremse würde diesen Trend weiter verstärken. Investitionskredite sind relativ unproblematisch, da ein Wachstum von Vermögen stattfindet, der im Haushalt auch abgebildet wird. Allein bei den Schulen besteht ein Sanierungsstau von 150–200 Mio. Euro. Hier kommt dann noch der Sanierungsstau der Kindergärten, Kultureinrichtungen, Sportstätten und anderer öffentlicher Gebäude hinzu.

www.linksfraktion-braunschweig.de

Oberbürgermeister Roters und Stadtvorstand wollen den Kölner Leitbildprozess zerstören: KÖLN. In einem Interview mit einer großen Kölner Tageszeitung kündigte Oberbürgermeister Roters (SPD) „eine Zielediskussion, losgelöst vom Leitbildprozess“ an. Die Diskussion über ein Leitbild „ist vielen zu abstrakt“, behauptet der Oberbürgermeister und stellt somit ein wichtiges Mittel der Bürgerbeteiligung in Frage. Der Fraktionssprecher der Kölner Ratsfraktion der Linken, Jörg Detjen, kritisiert dieses Vorgehen: „Der Leitbildprozess ist nicht beendet und der Rat hat beschlossen, sich an die Zielsetzungen zu halten. Wenn der Oberbürgermeister diesen Diskussionsprozess jetzt stoppen will, soll er das im Rat beantragen und sich dafür eine Mehrheit suchen. Ich plädiere für die Fortsetzung des Leitbildprozesses. Über 350 Personen waren und sind am Kölner Leitbildprozess beteiligt. Gerade bei der Diskussion über Sanierung/Neubau der Fachhochschule in Deutz waren die Vorschläge des ‚Arbeitskreises Attraktive Stadtgestaltung‘ überhaupt nicht abstrakt, sondern sehr konkret für Deutz. Sie passten aber nicht mit den Vorstellungen des Oberbürgermeisters zusammen. Recht behält die Leitbildgruppe.“ Jörg Detjen meint weiter: „Bürgerbeteiligung auszuhebeln ist schon ein starkes Stück und das sollten sich die Kölnerinnen und Kölner nicht gefallen lassen.“ In der umfangreichen Dokumentation zum Leitbildprozess steht unter anderem: „Die Formulierung des Leitbildes war Ergebnis eines intensiven und in dieser Art bislang einzigartigen Prozesses.“ „Die Ziele wurden schließlich in breitem Konsens verabschiedet.“ „Mit dem ‚Leitbild Köln 2020‘ beschreibt Köln Ziele und Handlungsfelder für die Zukunftsgestaltung der Stadt.“ „Es ist durch den Leitbildprozess gelungen, unterschiedliche Interessen und Meinungen der Stadtgesellschaft zusammenzuführen und einen Grundkonsens für die Entwicklung der Stadt zu erreichen. Damit ist eine neue Qualität für die Diskussion über die zukünftige Entwicklung der Stadt Köln erreicht.“

www.linksfraktion-koeln.de

Zusammenstellung: ulj

Arbeitskreis „Staatsumbau“ in der IG Metall Hamburg

Hamburg – Rüstungshauptstadt: Von Pfeffersäcken und Kanonen

Hoch über dem Fußballstadion des Hamburger Sportvereins HSV prangt das Logo: „Imtech-Arena“. Wer ahnt schon, dass dieser Name für einen großen Rüstungskonzern steht und der Sport in Hamburg mit Geldern gesponsert wird, die im Geschäft mit dem Tod verdient werden. Zum Anti-Kriegstag hatte der Arbeitskreis „Staatsumbau“ in der IG Metall Hamburg am 31. August 2011 eine Veranstaltung vorbereitet: „Hamburg – Rüstungshauptstadt: Von Pfeffersäcken und Kanonen“. Faktenreich wurde in den Vorträgen über die Rüstungsmetropole Hamburg berichtet und gezeigt, wie unbefangen-dreist Hamburger Rüstungsfirmen mit Vergangenheit und Gegenwart umzugehen wissen.

Den Aufschlag hatte bereits Kaiser Wilhelm II gegeben: „Bitter Not ist uns eine starke deutsche Flotte!“ so tönte er im Hamburger Rathaus, als am 18.10.1899 das erste Großkampfschiff bei Blohm & Voss unter dem Namen „Kaiser Karl der Große“ vom Stapel lief. Und bald darauf führte er 1902 die Sektsteuer ein, verbunden mit dem Versprechen „Deutschland international einen Platz an der Sonne zu verschaffen“; er meinte damit die Finanzierung seiner aggressiven Flottenausrüstungspolitik, der diese Steuer dienen sollte.

Steile Kursgewinne

Der Kriegsschiffbau entwickelte sich von da an in Hamburg zu einem Fertigungsschwerpunkt, der höhere Gewinne abwarf als die zivile Produktion. Der direkte Nutzen, den die an Lieferungen beteiligte Industrie aus dem Kriegsschiffbau erwartete, lässt sich beispielhaft aus der Kursbewegung der entsprechenden Aktien schließen. Allein die Ankündigung des 2. Flottengesetzes am 18.10.1899 bewirkte bis zum darauffolgenden 7.11.1899 bei einer Reihe von Unternehmen eine Kurssteigerung der Aktien: z. B. bei der Howaldt-Werft um 17 Prozent. Die Dividende des Unternehmens Blohm & Voss stieg von 5 Prozent im Geschäftsjahr 1897/98 auf 9 Prozent im Geschäftsjahr 1901/02, in dem die Werft ihr erstes Linienkriegsschiff „Kaiser Karl der Große“ an die Marine ablieferte. Bei Blohm & Voss wurde durch die Aufrüstung für den Krieg gut verdient: In den Geschäftsberichten wurden eine Steigerung der Reingewinne vom Geschäftsjahr 1913/14 mit 665.593 Mark bis zum Geschäftsjahr 1917/18 mit 2.678.888 Mark ausgewiesen.

Insgesamt baute Blohm & Voss bis zum Kriegsbeginn 1914 neun große Kampf-

schiffe und einen kleinen Kreuzer. Ab April 1915 werden bei Blohm & Voss U-Boote produziert. Die Festschrift „125 Jahre Blohm & Voss“ schreibt: „Insgesamt kann Blohm & Voss bis zum 10. November 1918 91 Boote an die Marine übergeben.“

Vergangenheitsbewältigung

Die „Vergangenheitsbewältigung“ nach der Niederlage im ersten Weltkrieg bestand für die Rüstungskapitalisten darin, dass sie es diesmal besser machen wollten. Rudolf Blohm nahm im Oktober 1931 an dem Harzburger Treffen teil, auf dem Nationalsozialisten, Deutschnationale und andere rechts-extreme Kräfte ein Bündnis schlossen. Der Aufrüstungs- und Kriegskurs des NS-Staates half Blohm & Voss, wie vielen anderen Industrieunternehmen, aus der Krise.

Der „Vierjahresplan“, der auf dem Nürnberger Reichsparteitag der Nationalsozialisten am 9.9.1936 angekündigt wurde, sollte dann alle ökonomischen Kräfte mobilisieren. Hitler fasste das so zusammen: „1. Die deutsche Armee muss in vier Jahren einsatzfähig sein. 2. Die deutsche Wirtschaft muss in vier Jahren kriegsfähig sein.“

Die Werften hatten sich in diesen Jahren der Aufrüstung zum Schwerpunkt der Produktion in der Hamburgischen Industrie entwickelt. Zu Beginn des Krieges arbeiteten über 25 000 Arbeiter auf Hamburger Werften. Die größten unter ihnen: Blohm & Voss KG (10.374 Arbeiter), Deutsche Werft (6.879 Arbeiter), Howaldtswerke AG (2.798 Arbeiter), H. C. Stülcken Sohn (2.156 Arbeiter) und der Technische Betrieb der Hamburg-Amerika-Linie (ca. 1 000 Beschäftigte). Die fünf größten Hamburger Betriebe der Luftfahrtindustrie waren: die Hamburger Flugzeugbau GmbH Blohm & Voss (4.800 Arbeiter), Metallwerk Niedersachsen (1.930 Arbeiter), Klöckner Flugmotorenbau (1.890 Arbeiter), Feinmechanische Werkstätten Wilhelm Lehmann & Co. (1.330 Arbeiter) und Norddeutsche Leichtmetall & Kolbenwerke (970 Arbeiter). Hamburgs bedeutendster Maschinenbaubetrieb war Heidenreich & Harbeck mit einer Belegschaft von rund 1.700 Arbeitskräften in der Werkzeugmaschinenfabrik einschließlich Gießerei und 415 Arbeitskräften in der Abteilung Heeresgeräte. Schon während des Ersten Weltkrieges waren hier Granaten hergestellt worden. Bereits 1934 hatte man mit dem Aufbau einer Sonderab-

teilung für Kriegsgerät – Waffenteile für Handfeuerwaffen, Geschützrohre, Kettengliederautomaten für die Panzerfertigung – begonnen, die 1939 in Betrieb gehen konnte.

Nach Einstellung aller zivilen Schifffahrt waren die Zeise Fabriken in Hamburg-Altona allein auf die Bestellungen der Marine angewiesen. Im Staatsarchiv über die Firma erhaltene Schriftstücke zeigen Peter Theodor Zeise als Geschäftsmann, der die politische Linie des Nationalsozialismus in seinen Ansprachen vertrat, als er in einer Neujahrsansprache an seine Mitarbeiter vom 26.1.1940 gegen den „aufgezwungenen Krieg“ durch den ‚Erbfeind England‘ wetterte und die „herrlichen Taten unserer Kameraden am Westwall, auf dem Wasser und in der Luft“ lobte, „deren Waffen zu schmieden wir ausersehen sind die Ehre zu haben“.

Und Hamburg heute?

Als Standort bzw. Steuerungszentrale weltweit mit Rüstungsproduktion aktiver Firmen weist Hamburg ein breites Netzwerk von Firmen der vielfältigsten Militärprodukte auf.

Auf der Homepage der Imtech Marine Group aus Hamburg Wandsbek wird für Module zur Kühlung der Waffensysteme von Kriegsschiffen mit der 150-jährigen Erfahrung geworben. In Metaller-Kreisen ist diese Firma besser unter ihrem alten Namen Rudolph Otto Meyer bekannt. Im Jahre 1997 wurde R.O.M. von den damaligen Gesellschaftern zu 100 Prozent an die heutige Imtech N.V. verkauft, einen europaweit tätigen Konzern mit Sitz in Gouda, Niederlande, der heute fast 27 000 Mitarbeiter beschäftigt. Während R.O.M. in

Dokumentiert: Aufruf des DGB-Bundesvorstandes zum 1. September 2011

Freiheit und Frieden für die ganze Welt lautete der Mai-Aufruf des DGB im Jahr 1961. Diese Forderung ist heute, 50 Jahre später, aktueller denn je. Dieses Jahr jährt sich der Kriegsbeginn in Afghanistan zum zehnten Mal. Die Nachrichten über Opfer der Kampfhandlungen erreichen uns fast täglich. Die Bevölkerung braucht Arbeit und Stabilität statt Unsicherheit und Gewalt. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Bundeswehreininsatz in Afghanistan zu beenden und die Zivilgesellschaft stärker zu unterstützen! Der Einsatz in Afghanistan ist der Vorbote für weitere Auslandseinsätze der Bundeswehr. Ihre Neuausrichtung zur Interventionsarmee lehnen wir ab. Die Bundeswehr braucht als Berufsarmee stärkere demokratische Kontrolle und enge Verbindungen in die demokratische Gesellschaft.

Im Frühjahr dieses Jahres begannen große Proteste in der arabischen Welt. Die Welle des demokratischen Aufbruchs breitete sich nach und nach auf die meisten Länder Nordafrikas und der arabischen Halbinsel aus und brachte die Regime in Tunesien und Ägypten zu Fall. Gerade die junge Generation setzt große Hoffnungen darauf, dass diese Gesellschaften ihren Demokratieprozess friedlich und solidarisch fortführen. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für die Unterstützung dieses Prozesses stärker als bisher zu engagieren und den Demokratisierungsprozess in der arabischen Welt auch finanziell zu unterstützen!

Und sie muss Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit ziehen: Die Waffen, die Machthaber in der arabischen Welt gegen ihr eigenes Volk einsetzen, haben unter anderem deutsche und europäische Rüstungsfirmen geliefert. Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Wir fordern die Bundesregierung einmal mehr auf, Rüstungsexporte in Krisenregionen zu verbieten und Rüstungsausgaben nachhaltig zu senken! Das Ende der zivilen Nutzung der Atomkraft muss auch das Ende aller Atomwaffen sein. Trotz der Abrüstung nach dem Kalten Krieg sind noch immer über 23 000 Atomwaffen einsatzbereit. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für eine atomwaffenfreie Welt einzusetzen!

Jede Form von Menschenverachtung, Kriegsverherrlichung und Chauvinismus ist ein Angriff auf die Menschenwürde. Dies zu bekämpfen ist eine zentrale Aufgabe des demokratischen Staates. Dafür müssen ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Wir fordern alle politischen Vertreterinnen und Vertreter auf, die NPD und alle rechtsextremen Organisationen endgültig zu verbieten. Rechtsextremismus und Rassismus dürfen in unserer Gesellschaft kein Raum gegeben werden. <http://www.dgb.de/>

den 70er Jahren noch offensiv mit seinen wehrtechnischen Aktivitäten beim Kriegsschiff- und Bunkerbau warb, hat das Unternehmen sich später bedeckt gehalten. Dennoch: Zur modernsten Fregattenklasse der Bundesmarine, die F 124, steuerte die Firma die Schiffskälteanlagen bei.

Die strategischen Überlegungen zur zukünftigen Ausrüstungsplanung der deutschen Marine sind eng verknüpft mit den veränderten Einsatzaufgaben der Flotte im Rahmen der Verteidigungspolitischen Richtlinien. Für die Marine konkretisiert wurde diese übergeordnete Forderung in der Ansprache des Inspektors der Marine Vizeadmiral Axel Schimpf anlässlich der „51. Historisch Taktischen Tagung“ der Flotte am 13. Januar 2011 in Damp. Die Marine soll danach einen breiten Mix an unterschiedlichen Plattformen vorhalten: Fregatten mit Bordhubschraubern, Korvetten mit UAV (Unmanned Aerial Vehicles), also Drohnen, U-Boote, Minenkampfeinheiten. Künftig soll sich die Marine noch stärker auf streitkräftegemeinsame Operationen ausrichten und ihre Fähigkeiten

ausbauen, Kräfte an Land zu unterstützen. Der Vizeadmiral sieht jetzt die materiellen Weichen gestellt für das sogenannte Joint Support Ship: Es steht für mehr Streitkräftegemeinsamkeit, für Anlandungen unter Bedrohung bzw. ohne intakte Hafeninfrastruktur. Mit der Korvette K 131 soll diese Einsatzflexibilität geschaffen werden. Ziel ist es, mit dem Mehrzweckesinsatzschiff über ein Mutterschiff einen Mix von unbemannten Systemen zum Einsatz zu bringen. Diese neuen Bauvorhaben der Marine stehen für die wachsende Rolle der Marine im strategischen Einsatzkonzept der Bundeswehr, das die Weltmeere als großes militärisches Aufmarsch- und Operationsgebiet begreift. Im Vordergrund steht schon lange nicht mehr die Küstenverteidigung, sondern die Herstellung der materiellen und personellen Grundlagen für die weltweite Angriffsfähigkeit. Die Marine soll sich auf fremde Küstengewässer und das Land dahinter konzentrieren. Entsprechend entwickeln und bauen die Rüstungsfirmen.

EADS ist das größte deutsche Rüstungsunternehmen

Airbus Deutschland, Teil der Konzerngruppe EADS, gehört zu den größten privaten Arbeitgebern in Hamburg (über 11 000 Beschäftigte, darunter 500 Azubis, 5000 Leiharbeiter). EADS ist



Transparent am Dock 10 bei Blohm & Voss, Oktober 2011



Die Imtech-Arena, das Fußballstadion des HSV

größtes deutsches Rüstungsunternehmen, alleine die Hälfte aller Rüstungsanschaffungen der Bundeswehr liefert EADS. Die Stadt Hamburg ist mit 155 Mill. Euro, das sind 10 Prozent, an Airbus Deutschland beteiligt, verzichtet allerdings zugunsten von Daimler auf die Ausübung des Stimmrechts.

Der Standort Hamburg ist Sitz der Geschäftsführung der Airbus Deutschland GmbH. Airbus in Hamburg Finkenwerder ist an der Systemführerschaft für alle Militärflugzeuge beteiligt, so bei den Tankflugzeugen vom Typ A 300, A 310, A 330, A 340, beim A 310 als Seeraufklärer, Minenleger und fliegende Kommandozentrale, beim A 320 als U-Boot-Jäger. Für den Military Airbus A 400 M liegt die Systemführerschaft ganz in Hamburg. Die Transall C 160, das derzeitige Transportflugzeug der Bundeswehr, wurde in Finkenwerder gebaut.

Zulieferfirmen für den Seekrieg

Der Blick auf die Stätten der Kriegsherstellung wäre unvollständig, ohne einen Blick auf die Zulieferfirmen für die Kriegsmarine zu werfen. Hier taucht als erstes der Name Atlas Elektronik auf. Die in Bremen und Wedel bei Hamburg ansässige Firma hält im weltweiten Markt und innerhalb der deutschen maritimen Industrie eine Schlüssel-Stellung in der Unterwassertechnologie für Sensoren, Waffen und Waffeneinsatzsysteme. Die Atlas Elektronik ist im Bereich der Sonare führend, sowohl für Überwasserschiffe als auch bei U-Jagd- oder Minenjagdsystemen. Im Werkteil Wedel werden Torpedos aller Art hergestellt, insbesondere der neue Schwergewichtstorpedo DM 2 A4 Seehecht. Atlas gibt seinen Exportanteil mit über 80 Prozent an. Mehr als 50 Prozent des Umsatzes wird mit Zulieferungen für U-Boote erzielt. Insbesondere die neuen U 212 A sind dank Atlas Elektronik zur Durchführung von weltweiten verdeckten Spionageoperationen in der Lage. 1900 Menschen sind bei Atlas beschäftigt. Weltweit macht die Atlasgruppe einen Umsatz von 366 Mio. Euro. Atlas gehört

neben den 51 Prozent Anteil von ThyssenKrupp zu 49 Prozent EADS.

Zu den Zulieferfirmen für die Marinetechnik, die in Hamburg angesiedelt sind, gehören natürlich auch die verschiedenen Firmen für Schiffskälte und Klimatechnik, wie Imtech und Noske-Kaesar, der bekannteste Ausrüster für Klima- und ABC-Schutzsysteme bei Kriegsschiffen in über 40 Ländern. Noske-Kaesar baut aktuell die Feuerlöschsysteme in die vier neuen F 125 Fregatten der Kriegsmarine ein. Darüber hinaus mischen aber auch zahlreiche weniger bekannte kleinere und mittlere Hersteller von Ruderanlagen, Schiffswinden, Rudermaschinen wie die Becker Marine Systems oder die Uetersener Maschinenfabrik Hatlapa bei der Produktion oder als Dienstleister für Rüstungsgüter mit.

Eine besonders große Rolle spielt in der modernen Kriegsführung die Elektronik. Beispielhaft genannt sei hier das Unternehmen Plath GmbH. Plath ist Marktführer eines Verbundes mehrerer mittlerer Unternehmen, die sich in den Bereichen Funkaufklärung und Funküberwachung spezialisiert haben. Der Herr Plath sitzt im Präsidium des Förderkreises Deutsches Heer. Gesellschafter sind der amerikanische Rüstungshersteller Northrop über die Litel GmbH mit 45 Prozent und die Handelsgesellschaft Scharfe mit 51 Prozent.

Bei dieser Unbefangenheit und Selbstsicherheit der Hamburger Pfeffersäcke verwundert es nicht, dass sie ihr renommiertes Fußballstadion mit Rüstungsgeldern sponsern lassen.

Den vierzig Zuhörerinnen und Zuhörern der Veranstaltung war geradezu der Atem verschlagen vor solch ungeheurer Verbreitung der Rüstungsproduktion in Hamburg.

Da wirkte es geradezu befreiend, dass Jugendliche am Dock 10 von Blohm & Voss im Oktober 2010 ein Transparent gegen den Krieg entrollt hatten und mit berechtigtem Stolz davon berichteten. Allerdings: Sie stehen im September dafür wegen Hausfriedensbruchs vor Gericht.

Karl-Helmut Lechner

BDI befürwortet Feldversuch mit Lang-LKW. *BDI-Pressemitteilung, Mi., 17.8.11* „Der Verordnungsentwurf ist ein wichtiges Signal für die Wirtschaft, damit der Feldversuch mit dem Lang-Lkw nun rasch beginnen kann.“ Das sagte D. Schwer, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung, zum Entwurf des Bundesverkehrsministeriums zur Ausnahmeverordnung zum Feldversuch mit Lang-Lkw. Schwer: „Gebündelte Fahrten reduzieren Kraftstoffverbrauch und CO₂-Emissionen. Das schont nicht nur die Umwelt, sondern entlastet auch unsere Straßen. Es wird künftig noch stärker darauf ankommen, die Effizienz jedes Verkehrsträgers zu stärken und Verkehr intelligent zu vernetzen.“

BDA: „Die Währungsunion braucht eine politische Union“. *FAZ-net, Die., 23.8.2011.* „Eine stärkere Koordinierung der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitiken in der Eurozone, mittel- und langfristig aber auch in der gesamten EU ist m.E. für den Fortbestand der gemeinsamen Währung unverzichtbar. Die jüngsten deutsch-französischen Vorschläge zielen vor allem darauf ab, dass alle Länder die im Euro-Plus-Pakt aufgeführten Prinzipien konsequent umsetzen,“ sagt Arbeitgeberpräsident D. Hundt. ... Die Einführung nationaler Schuldenbremsen mit Verfassungsrang seien ebenso notwendig wie eine Verschärfung des Stabilitätspaktes. Wer künftig die Stabilitätskriterien verletze und die Vorgaben für eine europäische Währung nicht einhalte, dürfe keine europäischen Hilfen erhalten. Dazu sei ein neuer Euro-Vertrag, ein Maastricht II, erforderlich.

Wirtschaft gegen überbordende Informationsverpflichtungen. *DIHT-News, Do., 1.9.11.* Formlose, unkomplizierte Auskunftserteilung sei zu befürworten, doch brächten Doppelungen den Verbrauchern keinen Mehrwert, behaupten sieben Arbeitgeberverbände. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag betont, dass die Unternehmen selbst bereits durch die tagtäglichen direkten Kommunikationskontakte mit Verbrauchern größtmögliche Transparenz böten. Den Anwendungsbereich des Verbraucherinformationsgesetzes von den Lebens-, Futtermittel- und Bedarfsgegenständen auf alle Produkte nach dem Produktsicherheitsgesetz – unter anderem auf Haushaltsgeräte – auszudehnen, lehnen sie deshalb ab. Darüber hinaus sprechen sich die Verbände für den umfassenden Schutz von Geschäftsgeheimnissen und gegen die Veröffentlichung von Grenzwert- oder Höchstmengenüberschreitungen vor Anhörung des Unternehmens aus.

Zusammenstellung: rst

Quellen: „Reader“ des Arbeitskreises „Staatsumbau“ bei der IG Metall Hamburg; „Taschenatlas der Deutschen Kriegsmarine von 1914“; Walden, Hans: „Wie geschmiert. Rüstungsproduktion und Waffenhandel im Raum Hamburg. Ein Schwarzbuch“, 1997

Betr.: Grundrecht auf Bekenntnisfreiheit verwirklichen, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegentreten!

Vor dem Hintergrund des Massakers von Oslo und Utoya hatte die Fraktion Die Linke einen Antrag ausgearbeitet und zur Debatte in der Hamburger Bürgerschaft angemeldet: „Grundrecht auf Bekenntnisfreiheit verwirklichen, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegentreten!“ Schwerpunkt des Antrags ist Forderung, den seit über vier Jahren mit den muslimischen Gemeinschaften verhandelten Staatsvertrag abzuschließen. Staatsverträge existieren bisher mit der evangelischen und der katholischen Kirche sowie der jüdischen Gemeinde. Der Abschluss des Staatsvertrages mit den Verbänden der Muslime ist längst überfällig und würde die rechtliche Gleichstellung der islamischen Religionsgemeinschaft einen großen Schritt voranbringen. Der schwarz-grüne Senat hatte die Verhandlungen im Herbst 2010 unterbrochen, teils provokativ, aber auch, weil ein Gutachten erstellt werden sollte, um einige rechtlich komplizierte Fragen lösen zu können. Das Gutachten liegt längst vor, aber bis August einschließlich tat sich nichts, obwohl sich neben der Partei Die Linke und der GAL

auch die SPD im Wahlkampf ausdrücklich für den Staatsvertrag eingesetzt hatte. Dieser Staatsvertrag soll insbesondere Fragen wie das Bestattungswesen, den Moscheebau, islamische Feiertage und den Religionsunterricht verbindlich regeln. In Hamburg gibt es seit Langem einen interreligiös offenen und dialogisch angelegten Religionsunterricht für Alle, der allerdings in der Verantwortung der Nordelbischen Kirche stattfindet. Im Rahmen der Akademie der Weltreligionen, 2010 an der Hamburger Universität gegründet, wurde ein Konzept entwickelt, diesen Religionsunterricht in gemeinschaftlicher Verantwortung der Religionsgemeinschaften durchzuführen. Die Umsetzung hängt allerdings am Abschluss des Staatsvertrages, also an der Anerkennung der islamischen Religionsgemeinschaft. Das Thema ist also in jeder Hinsicht aktuell. Die Debatte in der Bürgerschaft war jedoch mehr als ernüchternd. Zum einen bestritten alle anderen Fraktionen den ideologischen Hintergrund des Massakers. Das Verbrechen in Norwegen, so der Vorwurf praktisch aller

anderen Rednerinnen und Redner, werde von der Linken instrumentalisiert. Mit dieser Begründung wichen sie der Auseinandersetzung mit den islamophoben, rechtspopulistischen Strömungen aus, die sich in anderen europäischen Ländern parteimäßig organisieren und die auch in Deutschland nicht zu unterschätzen sind. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier gefährliche Entwicklungen bewusst und vorsätzlich tabuisiert werden.

Zum anderen rückte die SPD vom Staatsvertrag mit den Muslimen ab. Man wird zwar ab September wieder verhandeln, sieht aber, so ausdrücklich der SPD-Redner, am Ende eher eine Vereinbarung als einen Staatsvertrag. Damit würde der islamischen Religionsgemeinschaft die Gleichbehandlung und Gleichberechtigung mit den anderen verweigert, sie würde de facto zu einer Religionsgemeinschaft zweiten Ranges erklärt. Das wäre ein verheerendes Signal, das weder die islamophoben, rechtspopulistischen Strömungen noch die islamischen Gemeinschaften missverstehen können.

Dokumentiert: Debattenbeitrag von Christiane Schneider zur Begründung des Antrag

Das furchtbare Massaker von Oslo und Utoya hat die Welt erschüttert. Ich spreche sicher für alle Mitglieder der Bürgerschaft, wenn ich sage:

Den Opfern, den Toten, den Verletzten, den Traumatisierten, den Angehörigen, der Sozialdemokratischen Partei, deren Nachwuchs in so furchtbarer Zahl hingemordet wurde, ihnen allen und der norwegischen Gesellschaft, deren Fundamente durch das Verbrechen angegriffen werden sollten, gehören unser Mitgefühl und unsere Solidarität.

Das Verbrechen ist kein fernes Ereignis in einem fernen Land, das wir erschrocken zur Kenntnis nehmen und dann in der Flut neuer Nachrichten wieder vergessen.

Der Täter mag ein Einzeltäter sein – ein einzelner, isolierter Täter ist er nicht.

Er war eingebunden in ein europaweites Netzwerk von Islamfeindschaft und Islamisierungsfurcht, das die Wahnvorstellungen des Täters, der sich als christlich-abendländischer Kreuzritter sah, bestätigte und nährte.

Haben Sie je einen Blick auf die Seiten von Politically Incorrect geworfen, dem wichtigsten Forum von Breiviks Gesinnungsgenossen in Deutschland? Welch ein Hass wird dort verbreitet, welche Niedertracht, welche Diffamierung und Verächtlichmachung von Muslimen, von Migrantinnen und Migranten und insgesamt von Andersdenkenden, über deren „Gutmenschentum“ hergezogen wird. Hier wird der Islam, hier werden die Muslime, hier werden MigrantInnen als Feind herauspräpariert, ganz nach dem Motto: Wir oder sie.

Hier wird das soziale Band, das die Mitglieder derselben säkularen Gesellschaft verbindet, Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen und kultureller Prägung, Nichtgläubige mit Gläubigen, Gläubige mit Andersgläubigen – hier wird die Achtung vor dem Mitmenschen systematisch zerstört.

Nicht von irgendwelchen Neonazis, sondern mitten aus der Gesellschaft heraus, von biedereren Bürgern, die zu Brandstiftern werden.

Die Untat von Norwegen hat den Sumpf von Islamhass und Islamfeindschaft ins öffentliche Bewusstsein gebracht. Jetzt sind wir unausweichlich damit konfrontiert.

Und es ist uns nicht gestattet, zur Tagesordnung überzugehen in der Hoffnung, dass er von selbst austrocknet. Die Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts lehrt uns, dass sich Ressentiments und Feindbilder, die tief in der Mitte der Gesellschaft ankern, nicht von selbst erledigen.

Unser Antrag hat zwei Zielrichtungen: Erstens die Zielsetzung, den demokratischen Verfassungsstaat als Garanten der Grund- und Menschenrechte zu stärken.

Die Bekenntnisfreiheit ist ein Grund- und Menschenrecht, das durch Artikel 4 des Grundgesetzes geschützt ist. Es ist Aufgabe des demokratischen Verfassungsstaates, den rechtsstaatlichen Rahmen zu schaffen, in dem dieses Grundrecht in vollem Umfang verwirklicht werden kann.

Es umfasst nicht nur die individu-

elle Bekenntnisfreiheit, sondern gebietet ebenso die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, soweit sie im Hinblick auf ihre Größe, ihre öffentliche Wirksamkeit und soziale Bedeutung vergleichbar sind.

Um es deutlich zu sagen: Wir brauchen JETZT ein sichtbares Zeichen, mit dem wir uns zum Recht der islamischen Religionsgemeinschaft auf Gleichberechtigung und Gleichbehandlung mit den christlichen und der jüdischen Religionsgemeinschaft bekennen.

Hamburg hat in der Vergangenheit manch guten Schritt in Richtung Anerkennung der religiösen und kulturellen Vielfalt getan, zuletzt mit der Gründung der Akademie der Weltreligionen 2010.

Jetzt aber muss der seit über vier Jahren verhandelte Staatsvertrag mit den islamischen Gemeinschaften unverzüglich abgeschlossen werden.

Es gibt nach unserer Kenntnis keine Fragen mehr, die nicht bei gutem Willen relativ schnell gelöst werden könnten. Jedes weitere Verzögern ist ein unheilvolles Signal.

Umgekehrt: Der Abschluss des Staatsvertrages mit den muslimischen Gemeinschaften setzt ein Zeichen gegen Diskriminierung und Feindschaft. Er ist die richtige Antwort auf die grassierende aggressive Islamophobie, die wir jetzt geben müssen.

Der zweite notwendige Schritt in diese Richtung ist die Überprüfung der vielfältigen Privilegien insbesondere der christlichen Religionsgemeinschaften. Wir reden hier nicht davon, dass dies und

jenes Privileg abgeschafft werden sollte, sondern wir fordern die Gleichstellung der islamischen Religionsgemeinschaft ein, soweit dies auf Landesebene gelöst werden kann.

Wir rufen nicht nach Ausweitung geheimdienstlicher Überwachung. Aber es ist mehr als problematisch, wenn im Kriterienraster des Verfassungsschutzes islamophobe Hetze nur im Zusammenhang mit der NPD eine Rolle spielt und die Augen vor den gefährlichen Entwicklungen in der Mitte der Gesellschaft geschlossen werden. Wenn der Begriff des Islamismus so weit gefasst wird, dass er schon einem Generalverdacht gegen den Islam gleichkommt, aber der christliche Fundamentalismus nicht einmal in Betracht gezogen wird. Obwohl doch die Rolle bekannt ist, die er in der Anti-Islam-Szene spielt.

Für äußerst problematisch halten wir auch, dass der neue Leiter des Landesamts, kaum im Amt, der „Jungen Freiheit“ ein Interview gab – einer Zeitung, die eine Scharnierfunktion zwischen rechtskonservativen und extrem rechten Milieus wahrnimmt und die auch auf den trüben Gewässern antiislamischer Hetze ganz vorne segelt.

Das lässt uns befürchten, dass die Gefahren, die mit den islamfeindlichen Strömungen herangewachsen sind, durch die Politik und die Behörden nicht ernst genommen wurden.

Die zweite Zielsetzung unseres Antrags ist auch deshalb die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements für die offene Gesellschaft und damit gegen jede Art gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, um einen Begriff des Sozialforschers Heitmeyer aufzugreifen.

Der wichtigste Ort sind die Schulen. Denn hier werden die Grundlagen für das Zusammenleben in der Gesellschaft von morgen gelegt.

Hier, wo in den ersten Klassen an die 50% der Kinder Migrationshintergrund haben, ist der Ort, gegenseitige Anerkennung zu erlernen und sich eine Haltung kritischer Aufgeschlossenheit gegenüber dem Anderen zu erarbeiten.

Es gibt nach unserem Eindruck gute Initiativen an den Schulen, zum Beispiel im Zusammenhang mit der „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“. Aber diese Initiativen hängen allzu oft von außerordentlichem Engagement einzelner Lehrer oder Sozialpädagoginnen oder von Klassen oder Schülergruppen ab. Fehlt dieses besondere Engagement, bleiben Initiativen in der Regel aus. Deshalb wollen wir, dass die Rahmenbedingungen für solche Initiativen an den Schulen deutlich verbessert werden.

Das alles ist – zugegeben – noch nicht besonders viel. Aber wir können heute deutlich machen, dass die Politik in dieser Stadt gewillt ist, der Intoleranz, dem Ressentiment, dem Hass entgegenzutreten.

Antrag der Abgeordneten Christiane Schneider, Cansu Özdemir, Mehmet Yildiz, Kersten Artus, Dr. Joachim Bischoff, Norbert Hackbusch, Dora Heyenn und Heike Sudmann (Die Linke)

Betr.: Grundrecht auf Bekenntnisfreiheit verwirklichen, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten!

Nach dem schrecklichen Massaker von Oslo und Utoya gaben die politisch Verantwortlichen, aktiv unterstützt von der übergroßen Mehrheit der norwegischen Gesellschaft, eine mutige, richtungweisende Antwort: sie riefen auf zu mehr Demokratie und zur Verteidigung der offenen und integrativen Gesellschaft. Die politisch motivierte Ermordung von 77 Menschen fordert jedoch nicht nur die norwegische Gesellschaft heraus. Der politisch-ideologische Hintergrund der Tat zwingt auch uns, die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Antworten zu geben auf gefährliche Entwicklungen. Es ist ein Gebot der Stunde, dem Erstarken „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ und insbesondere islamfeindlicher Strömungen aktiv entgegenzutreten.

Es ist Aufgabe der Politik, die durch Artikel 4 des Grundgesetzes verbürgte Bekenntnisfreiheit zu garantieren. Mit der Gründung der Akademie der Weltreligionen an der Universität Hamburg hat Hamburg einen guten Weg zur Anerkennung der religiösen und kulturellen Pluralität eingeschlagen. Jetzt gilt es aber, das Grundrecht auf Bekenntnis- und Religionsfreiheit in vollem Umfang zu verwirklichen. Denn dieses Grundrecht umfasst nicht nur die individuelle Glaubens- und Bekenntnisfreiheit. Es gebietet ebenso die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, soweit sie im Hinblick auf ihre Größe, ihre öffentliche Wirksamkeit und soziale Bedeutung vergleichbar sind. Die rechtliche und faktische Schlechterstellung der islamischen Religionsgemeinschaft gegenüber der jüdischen und den christlichen Religionsgemeinschaften verletzt die durch Artikel 4 GG garantierte staatliche Neutralitätspflicht. Darüber hinaus bietet sie dem „Feindbild Islam“ und denen, die es verbreiten, Anknüpfungspunkte. Vor allem mit dem Abschluss eines Staatsvertrages mit den islamischen Gemeinschaften kann Hamburg die rechtliche Gleichstellung voranbringen und so auch ein wichtiges Zeichen setzen für die Entschlossenheit, das friedliche Zusammenleben gegen Hasspropaganda jeglicher Art und die Verächtlichmachung des Anderen zu verteidigen.

Die rechtsstaatliche Garantie der Bekenntnisfreiheit schafft den Rahmen, in dem zivilgesellschaftliches Engagement gegen gruppenbezogene Men-

schenfeindlichkeit und Zivilcourage sich entwickeln können. Wo, wenn nicht an den Einrichtungen des Bildungswesens, ist der Ort, sich gegenseitigen Respekt und eine Haltung kritischer Aufgeschlossenheit zu erarbeiten!

Deshalb beschließt die Bürgerschaft: Der Senat wird aufgefordert,

1. a. die Verhandlungen mit SCHURA, DITIB und VIKZ über den Staatsvertrag mit den muslimischen Gemeinschaften fortzusetzen und den Staatsvertrag unverzüglich abzuschließen; **b.** bis zum 30.10.2011 der Bürgerschaft über Stand und Ergebnisse der Verhandlungen zu berichten;

2. a. der Bürgerschaft bis zum 31.12.11 zu berichten, wie die großen Religionsgemeinschaften in öffentliche Gremien auf Landes- und Bezirksebene einbezogen sind; vom Jugendhilfeausschuss bis zu öffentlich-rechtlichen Institutionen wie dem Norddeutschen Rundfunk; **b.** rechtzeitig vor Ablauf der Amtszeit des jetzigen Rundfunkrates des NDR Verhandlungen mit den anderen beteiligten Bundesländern über die Neufassung von § 17 des NDR-Staatsvertrags aufzunehmen.

Ziel ist, sowohl die Gleichbehandlung der großen Religionsgemeinschaften als auch die angemessene Vertretung von Organisationen der Migrantinnen und Migranten zu gewährleisten;

3. der Bürgerschaft bis zum 31.10.11 über die verschiedenen Aktivitäten zur Förderung des gegenseitigen Respekts und des zivilgesellschaftlichen Engagements an den Schulen im Rahmen von interkultureller Erziehung zu berichten.

Der Bericht soll die Arbeit der Interkulturellen Beratungsstelle am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung seit dem 1.7.06 enthalten und ebenso die verschiedenen Projekte der interkulturellen Erziehung an den Schulen (Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage; Schulen mit dem Titel „Von der Sprache zur Mitsprache“; Schulen des Peer-Programms „Verantwortung“ im interkulturellen Kontext; Schulen mit interkulturellem Profil);

4. spätestens für 2012 ein Landesprogramm gegen „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ aufzulegen, das sich gezielt an junge Menschen richtet und neben Schulen, der Landeszentrale für politische Bildung und verschiedenen Bildungsträgern auch die großen Religionsgemeinschaften einbezieht.

„Din wa daula“ – Religion und Politik in der islamischen Theologie

Die islamisch-arabische Welt ist in Aufruhr. Das hat – je nachdem, wo dies stattfindet – gemeinsame und auch unterschiedliche Ursachen. Damit will dieser Artikel sich befassen. Seit der Gründung ihrer Religion durch den Profeten Mohammed hat der Islam 1400 Jahre Geschichte gemacht. Dazu gehört auch – nicht anders als im Christentum – eine reichhaltige Theologie und Ideengeschichte. Was glaubten und dachten die gläubigen Muslime, welche Gesetze und Regeln stellten ihre Gelehrten und Kalifen auf? Welche unterschiedlichen, einander sogar feindlich gesinnten Gruppierungen bildeten sich dabei heraus? Dieser Artikel will dazu einen kleinen Beitrag leisten. Dabei können geschichtliche Voraussetzungen nur angedeutet werden, ideologische Vorstellungen werden etwas genauer erläutert. Soweit das auf diesen wenigen Seiten möglich ist. Nicht nur im Blick auf die Weltpolitik, sondern auch im Umgang mit den Menschen, die zum Islam gehören und seit langem in unserem Land leben, mag es sehr nützlich sein, sich mit diesen Fragen zu befassen.

Die Anfänge der frühen islamischen Gemeinde

Im Jahr 610 tritt der Prophet *Muhammed* in Mekka gegen die polytheistische Götterwelt der arabischen Stämme auf und propagiert den einen allmächtigen Gott Allah. Der jüdische und christliche Monotheismus sind ihm aus seiner Region wohl bekannt, werden von ihm aber nicht übernommen. Er beruft sich auf eine eigene Offenbarung, es entsteht ein eigenes Heiliges Buch, der Koran, und es entwickelt sich eine eigenständige muslimische Theologie. Der anfängliche Misserfolg bei seinen Verwandten und Stammesgenossen, die ihn zur Flucht nach Medina zwingen (die berühmte Higra 622), verwandelt sich langsam in einen Erfolg bei befreundeten Stämmen und führt zur Gründung einer religiösen Gemeinschaft, der *umma* (d.h. Menschengruppe oder Nation). 630 erobert Muhammed die bedeutende Stadt Mekka zurück und macht sie unter seiner Leitung zum religiösen Zentrum des „Islam“ (d.h. Ergebung). Die ideologische und kriegerische Eroberung seiner Gegner und weiterer arabischer und später auch fremder Stämme und Länder geschieht von Anfang an unter der Rechtfertigung durch den *Dschihad* (d.h. sich bemühen, Abwehr, offensiver Kampf). Dass das Christentum seine Mission in aller Welt in der Praxis auch mit Gewalt und Krieg vollzogen hat – vor allem seit es unter den byzantinischen Kaisern eine Staatsreligion wurde –, ist unbestritten. Aber anders als in der Bibel wird dieser „Heilige Krieg“ im Islam und dem *Koran* direkt durch den Religionsgründer Muhammed legitimiert, ebenfalls anders als beim christlichen Religionsstifter Jesus.

Muhammeds früher Tod im Jahr 632 stellt seine Nachfolger vor schwierige Probleme. Die zu seinen Lebzeiten noch in lebendiger Diskussion mit den frü-

hen Anhängern geklärten Lebens- und Gesetzesfragen, die im Zweifelsfall von Muhammed direkt entschieden werden konnten, müssen nun selbst beantwortet werden. Was hatte der Prophet gesagt und gemeint? Sofort geht man daran, alles nur mündlich Überlieferte schriftlich auf Arabisch, der allein gültigen Sprache im Koran (d.h. das zu Lesende), der Sunna (d.h. der Weg) und der Hadith (d.h. Erzählungen) aufzuzeichnen und im Laufe der nächsten Jahrzehnte verbindlich zu machen. Wenn es auch, wie wir sehen werden, große Unterschiede in der jeweiligen Interpretation der Texte gibt, gelten sie in ihrer Funktion als göttlich offenbarte islamische Glaubens- und Gesetzesgrundlage bis heute ungebrochen. Wer waren nun die ersten führenden Köpfe einer islamischen Theologie und was fanden sie heraus?



Muhammed in seiner ersten und ursprünglichen Gemeinde, der *umma* in Medina. Er ist Prophet, Verhandlungsführer, Streitschlichter und nimmt politische und militärische Aufgaben wahr. Als die Gemeinde stark anwächst, lässt er zum besseren Hören und Sehen in seinem Haus eine dreistufige Kanzel bauen. Diese „minbar“ fehlt heute in keiner Moschee. (arabische Miniatur, 14. Jahrhundert)

Rechtsgelehrte und Kalifen

Ein vergleichbares Priesteramt mit besonderen liturgischen Handlungen wie in der christlichen Kirche mit Taufe und Messe entsteht im Islam nicht. Das religiöse Personal, das zukünftig kompetent über Fragen der Auslegung Auskunft erteilen kann und darf, sind die *ulama*, die *Rechtsgelehrten*: Gut ausgebildet, persönlich anerkannt, in alltäglichen und politischen Fragen bewandert, aus bestimmten Familien, Regionen oder Ländern stammend und mit bestimmten Traditionen behaftet. Sie haben bis in die moderne Zeit ihre große religiöse Bedeutung erhalten können alternativ zu den politischen Herrschern.

Im Laufe der Geschichte – besonders in der Zeit zwischen 765 und 855 – bilden sich vier große Richtungen mit eigenen Traditionen und Quellentexten heraus, die der *Hanafiten* aus dem Irak, mit besonderem Einfluss in Zentralasien und Indien, die der *Malikiten* aus Medina mit starker Ausbreitung in Nordwestafrika, die der *Safiten* hauptsächlich in der ostarabischen Welt und Indonesien und die der *Hanbaliten* mit besonderer Wirkung auf der Arabischen Halbinsel. Seit dem Hohen Mittelalter erkennen sie sich gegenseitig als in gleicher Weise gültig an. Bei bedeutenden politischen Streitfragen wie bei politisch Kämpfen tauchen häufig einzelne richteramtliche Personen auf, die verbindliche Meinungen vorbringen. Aber große Unterschiede zwischen den verschiedenen Rechtsschulen gibt es letztlich nicht und führen bis heute kaum zu Spaltungen.

Neben dieser dauerhaften ideologischen Institution bildet sich als Antwort auf den Tod Muhammeds das *Kalifat* heraus. Es werden aus den

Reihen der Stammesangehörigen und der frühen Helfer „der ersten Stunde“ Nachfolger ausgewählt, die zunächst die Gemeinde, die Stadt, die Region, ganze Länder und nach den erfolgreichen Eroberungen Arabiens, Persiens, Nord-Afrikas, Indiens und Zentralasiens auch „die ganze Welt regieren“. In unterschiedlich starker Weise beanspruchen sie, dass ihre Entscheidungen in politischen und religiösen Fragen Gültigkeit haben. Von Anfang an steht ihnen die religiöse Autorität der Rechtsgelehrten gegenüber, deren islamische Kenntnis, umfassendes Wissen und erfahrene Weisheit, die die Muslime bei ihren alltäglichen, sozialen Fragen lieber zu Rate ziehen mögen – bei gleichzeitiger Akzeptanz ihrer islamischen Herrscher.

Vor 630 waren im frühen Islam in Medina religiöse und politische Herrschaft in der Person Muhammeds eindeutig vereint. Die Wahl eines Kalifen, eines Stellvertreters (d.h. halifa) nach dessen Tod löste sofort einen ersten heftigen Streit zwischen zwei verschiedenen Gruppierungen des Islam aus. Musste nicht der Nachfolger – nach altarabischer Sitte – ein unmittelbarer Nachkomme des Propheten aus Mekka sein? Dann kam nur Ali, der Sohn der Tochter des Propheten, Fatima, in Frage (Muhammed hatte keine Söhne). Oder sollte man lieber die ersten ideologischen Unterstützer Muhammeds aus der Zeit in Medina vorziehen (die im übrigen auch Verwandte waren)? Letztere Vorstellung setzte sich durch, übrigens mit Zustimmung Alis. Die ersten vier „Rechtsgeleiteten Kalifen“ oder auch „Befehlshaber der Gläubigen“ genannt, wurden auf jeden Fall noch als einheitlich religiös und politisch agierende Führer verstanden, die Gemeinschaft, Gerechtigkeit, Harmonie, Anstand, demokratische Beteiligung, Gleichheit und Mitgefühl in idealer Weise praktiziert haben sollen. Das rückblickend so verklärte „Goldene Zeitalter“ unter diesen ersten vier Kalifen Abu Bakr, Omar, Utman und Ali spaltete aber im Prinzip den Islam schon damals in zwei einander widersprechende, ja feindliche Lager: die *Sunniten*, die mit ihrer Wahl in der genannten Reihenfolge gesiegt hatten, und die *Schiiten*, die unbedingt Ali an erster Stelle und danach dessen Nachkommen Hasan und Husain haben wollten.

Hinter beiden Lagern standen nicht nur unterschiedliche verwandtschaftliche Prämissen sondern auch verschiedene „demokratische“ Vorstellungen. Die ersteren zielten, nach dem sudarabischen Muster des charismatischen Führers, mehr auf ein zukünftiges „Königtum“, die letzteren waren mehr an einer nordarabischen selbstverwalteten Stammesorganisation interessiert. Beide Parteien trugen ihre Gegensätze

auf der Grundlage des Dschihad keineswegs nur mit theologischen Argumenten aus. Zwar gab es wiederholt kompromissbereite Verhandlungen. Aber von Anfang an war ein heftiger Bürgerkrieg (arabisch fitna) mit kriegerischen Auseinandersetzungen im Gange, es gab gegenseitige Mordanschläge, Verdammung der Gegenseite (Verfluchung des Abu Bakr durch bestimmte Schiiten bis heute) und Errichtung eigener religiöser Institutionen. Neben dieser Schwächung des Kalifats durch mangelnde Anerkennung von zahlreichen Gläubigen des jungen Islam wurde die Macht der Kalifen wie oben beschrieben auch durch die Institution der Rechtsgelehrten beschränkt. Sie durften politisch unbeschränkt handeln und herrschen – in den ersten zwei Jahrhunderten die Umayyaden in Damaskus/Syrien, für 200 Jahre die Abbasiden in Bagdad/Persien –, aber ihre ursprünglich religiöse Funktion wurde stark reduziert. Je größer der geografisch zu verwaltender Bereich wurde, je mehr Völker mit fremder Kultur und Tradition sich dem islamischen Weltreich anschlossen, desto mehr mussten sie auch im politischen Bereich Abstriche machen. Andere Machthaber übernahmen Teilbereiche ihrer Herrschaft oder entthronten sie ganz. So die Buyiden im Irak und Iran, der Heerführer Saladin in Syrien zur Zeit der Kreuzzüge, die ehemals als Sklaven angestellten Mamluken in Ägypten, die Seldschuken in Anatolien und die für die Verwaltung ernannten Wesire und Gouverneure im Osmanischen Reich. Schließlich wurden in unserer Zeit arabische Nationalstaaten gebildet, die keinen Anspruch mehr darauf erheben, das eine Kalifat zu sein.

Sunniten und Schiiten zum Staatsgefüge

Die *sunnitische Herrschaftstheorie* – die Mehrheit der heutigen Muslime gehören dieser Richtung an – betont, der Herrscher dürfe auf keinen Fall die Inhalte der Religion autoritativ festlegen, die Rechtsgelehrten seien hingegen die wahren „Erben des Propheten“. Die Kalifen sollten zur Durchsetzung ihrer politischen Aufgaben allerdings dafür sorgen, dass ihre Untertanen die Regeln der Scharia, dem islamischen Recht, akzeptierten und selbstverständlich mussten sie diese auch selber voll anerkennen. Auf keinen Fall sei es erstrebenswert, es für die Durchsetzung von religiösen und politischen Zielen eine erneute Fitna, den Bürgerkrieg, zu riskieren. Diese Haltung findet Ausdruck in dem geläufigen Sprichwort: „Besser tausend Jahre Tyrannei als einen Tag fitna!“ Um der Einheit des Islam willen sollten die Gläubigen deshalb lieber schärfste Unterdrückung durch das Kalifat erdulden, als sich durch Aufruhr, Widerstand und Revolution davon zu befreien. Um langwierige Kriege zu

vermeiden, wurde deshalb aus taktischen Gründen der Sturz einer Herrschaft durch militärische Machthaber und Ersetzung durch einen anderen nicht selten nachträglich legitimiert. Die (sunnitischen) Osmanen ließen um der Einheit willen in ihrem Kalifat neben dem Titel des Kalifen auch andere Benennungen (z.B. Pascha, Sultan) zu und duldeten deren eigenständige Regierung in Teilbereichen, z.B. in Ägypten. Die aus diesem Großreich hervorgegangene Türkische Republik schuf Anfang des 20. Jahrhunderts das Kalifat ab, was Widerspruch hervorrief, aber zu der Zeit auch wieder relativ leicht akzeptiert wurde, da sich überall islamisch-arabisch-nationale Staaten herausbildeten. Die gewaltige panarabische Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg brachte zahlreiche politische Bündnisse und Organisationen hervor, die den Gedanken einer großen arabischen Einheit erneut beinhaltete. Zu fragen bleibt, ob das Ideal des Kalifat von einer religiösen und politischen Einheit immer noch in den Köpfen der Muslime vorhanden ist und wieder neu belebt werden könnte.

Die *Schiiten* (von Schiat Ali, d.h. Partei des Ali) waren die Verlierer bei der Auseinandersetzung um die ersten Nachfolger Muhammeds und bei der überaus erfolgreichen Gründung des frühen islamischen Reiches unter den Umayyaden. Ali und sein Nachkomme Husain hatten im Kampf Märtyrertod erlitten. Dieses Trauma wird in einem jährliche stattfindenden Passionsspiel im Iran mit rituellen Selbstgeißelungen immer wieder neu beschworen. Die Schiiten spielten in sehr unterschiedlichen Gruppierungen im Laufe der Geschichte immer wieder die Rolle der Opposition und waren weniger staats-treu als ihre Gegner, die Sunniten. Ihre Rechtsgelehrten haben eine noch viel größere Bedeutung als Gegenpart zu Regierungsvertretern. In jüngerer Zeit wurde daher der angesehene Gelehrte Khomeini zur unumschränkten Führerfigur im Sturz des Schah-Regimes im mehrheitlich schiitischen Iran. Dort steht die Herrschaft der Rechtsgelehrten laut Verfassung offiziell über der gewählten Regierung und bestimmt bis in den Alltag des Volkes hinein über das religiöse und politische Leben des Staates.

Nach schiitischer Auffassung gebührte allein Ali nach Muhammed Tod das Amt des Anführers der Gemeinde, den sie daher auch den ersten Imam (d.h. Vorbeter, Anführer) nannten. Ihm folgten seine Hasan und Husain und weitere ausgewählte Vertreter. Sie gelten als sündlos und können eine unfehlbare Ausdeutung der religiösen Texte vornehmen. Der zwölfte Imam, Muhammed al Mahdi, ist nach ihrer Auffassung 873 von der Erde entrückt worden und soll am Ende der Zeiten als

Endzeitherrscher wiederkehren. Dies glauben zwar auch die Sunniten. Doch haben die verschiedenen schiitischen Parteien daraus eine enorme wirkungsvolle theologische und politische Theorie gemacht, obwohl sie im einzelnen erhebliche Unterschiede aufweisen. So nennen sie sich je nach Anzahl ihrer Imame *Fünfer-, Siebener- und Zwölfer-Schia*. Die im Westen besonders bekannten Ismaeliten unter der Leitung des Aga Khan haben es bis heute auf 46 Imame gebracht und führen die Reihe fort. Im Laufe der Geschichte gab es immer wieder politische Führer, die als Imame oder gar Endzeit-Mahdis aktuell auftraten, um die Welt von Grund auf umzustürzen. Meistens dann, wenn besonders korrupte Herrscher ihren Vorstellungen nicht entsprachen. Dieser religiös-politische Aspekt, der vor allem von marginalen gesellschaftlichen und ethnischen Gruppen, z.B. den Berbern, getragen wurde, ließ diese Form des islamischen Glaubens besonders großen und oft revolutionären Einfluss gewinnen. Allerdings schafften sie es auch zeitweilig – so unter den *Fatimiden* in Ägypten – über eine mehrere Jahrhunderte eine stabile Herrschaft aufzubauen. Die „moderne“ Verfassung des Iran sieht eine Aufhebung ihrer Regelungen vor, wenn der Mahdi erscheint.

Das Trauma des Islam: nicht die Kreuzzüge, sondern die Mongolen

Der Islam wurde zwei Jahrhunderte lang von den *Kreuzzügen* der Frandsch (Franken) aus Europa bedroht und ihrer Gebiete an der Mittelmeerküste zwischen der heutigen Türkei und Israel/Palästina beraubt. Es gelang den Muslimen unter der Führung des Ayyubiden Saladin, einem ursprünglichen Heerführer aus Kurdistan, recht bald, sie an die Küste und schließlich gänzlich aus dem Land zu vertreiben. Während die westliche Welt dadurch ausgesprochen viele Anregungen, Erfindungen und wissenschaftliche Erkenntnisse der arabischen Welt übernahm, weckte die Kultur der westlichen Welt umgekehrt bei den Muslimen keinen nachhaltigen Eindruck, weder militärisch noch kulturell und schon gar nicht theologisch.

Anders war es mit der den Kreuzzüglern folgen-



Das ursprüngliche beduinische Leben des frühen Islam findet sich heute nur noch am Rande der arabischen Staaten, hier am Euphrat in Syrien. Aber auch diese Menschen haben schon elektrischen Strom. (Foto: Edda Lechner, 1994)

den Eroberung durch die *Mongolen* im 13./14. Jahrhundert durch Dschingis Khan und Tamerlan. Ihre Überfälle waren für die Muslime traumatisch. Dies galt zum einen, weil die Kampfmethoden der Mongolen, ihr Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung, auch den Zeitgenossen als ungewöhnlich brutal erschienen. Außerdem hatte erstmals eine nichtmuslimische Macht große Teile der islamischen Welt unterworfen. Wie konnte Allah das zulassen? Nicht mehr das islamische Recht, die Scharia, war oberste Norm in ihrem Herrschaftsbereich, sondern das mongolische Recht, die *Yasa*. *Ibn Taimiya* (1263-1328), einer der populärsten Gelehrten der islamischen Welt, Philosoph und Mystiker, erklärte sämtliche islamischen Herrscher, die das in ihrem Bereich zuließen, für Ungläubige, gegen die der Dschihad anzuwenden sei. Auch als die Mongolen sich schließlich nach ihren blitzartigen Eroberungen wieder zurückzogen und sogar in der Folgezeit unter ihrem Führer Hulagu den islamischen Glauben annahmen, wurde dieses religiöse und politische Trauma bei den frommen Muslimen nicht aufgelöst.

In Anlehnung an den genannten Philosophen Ibn Taimya entsteht die

Bewegung der *Salafiten*, deren Gedankengut auch heute noch wirksam ist. Sie verweisen zurück auf die ursprüngliche Zeit des Islam und das Leben und Denken der „Altvorderen“ (arabisch *as-salaf as-salih*). Da die Gegenwart als zutiefst unbefriedigend und krisenhaft erfahren wird, ersetzen sie Gegenwart und Vergangenheit zugunsten einer mythisch verklärten Frühzeit. Es gilt, die Religion frei zu machen von den im Laufe der Jahrhunderte angehäuften Hinzufügungen und zur reinen, wahren Lehre des Ursprungs zurückzukehren. Dann wird Gott ihnen wieder den Platz in der Welt geben, der dem islamischen Glauben und seiner Herrschaft in der Welt zusteht. Dies stellt eine Frühform des Fundamentalismus dar. Eine Erscheinungsform religiöser Entwicklung, die durchaus in ähnlicher Form in der jüdischen und christlichen Welt ihre Parallele findet. Heute z.B. bei orthodoxen Juden in Israel und dem evangelikalen Protestantismus in den USA.

Eine moderne Form dieser saftischen und fundamentalistischen Ideen lassen sich bei der heute noch existierende Gruppe der *Wahhabiten* finden, die durch den Gelehrten *Ibn 'Abd al-Wahhab* ab 1792 im Norden der Arabischen Halbinsel verbreitet wurden.

Sie wandten sich zur Bereinigung des Islam gegen die dort geübten alten „heidnischen“ Bräuche, gewisse Gräber, Steine und Bäume zu verehren. Und so machten sie sich auf, Grabbauten zu zertrümmern (es sei erinnert an das Vorgehen gegen die Buddha-Statue in Afghanistan in unserer Zeit) und forderten dazu auf, hartnäckige Vertreter unislamischer Praktiken auszuschließen und zu töten. Im Bund mit einem lokalen Emir namens Ibn Sa'ud (gestorben 1765) konnte sich diese Lehre nicht nur religiös, sondern auch politisch durchsetzen. Das seit 1950 durch Öleinnah-



Der Überfall durch den mongolischen Eroberer Timur Lenk auf die arabischen Länder von Indien bis Kleinasien im 14. Jahrhundert war ein Schock für den Islam. Als die Bewohner von Isfahan sich Timurs Steuereinnehmern widersetzen, nahm er grausame Rache durch ein Massaker an 70 000 Menschen, deren Köpfe er auf 28 Pyramiden stapelte. (Indische Miniatur, Patna, Mogulzeit 16. Jahrhundert).

men reich gewordene Saudi-Arabien ist bis heute mit dieser wahhabitischen und saftischen Richtung verbunden. Dabei mussten sie allerdings – offiziell bereits 1818 – einige Abstriche ihrer Zerstörungstheorie machen, die große Empörung in der islamischen Welt hervorgerufen hatte. Schließlich sind die Saudis – geografisch bedingt – die offiziellen Beschützer der Heiligen Pilgerstätten in Mekka, wo der ehemals „heidnische“ Kaaba-Stein in der dortigen Moschee liegt und alle Gläubigen diesen einmal im Leben umrunden sollten. Das moderne wahhabitische Saudi-Arabien hat einerseits keinerlei

Probleme damit, die modernsten deutschen Leopard-Panzer zu kaufen und andererseits in Frauenfragen wortgetreu ehebrecherische Frauen werden noch heute zum Tode zu verurteilen oder ihnen das Fahren eines Autos zu verbieten.

Wie die islamisch-arabische Welt sich ideologisch auf die Herausforderung durch die erfolgte Industrialisierung und den Kolonialismus der westlichen Welt eingestellt hat, wird im zweiten Teil dieser Untersuchung, die in der nächsten Ausgabe dieser Zeitschrift erscheint, behandelt.

Edda Lechner, Norderstedt

Literatur: Lutz Berger, „Islamische Theologie“, UTB, 2010. Alexander Flores, „Die arabische Welt. Ein kleines Sachlexikon“, Reclam, 2003. Khoury / Hagemann / Heine, „Islamlexikon“, Herder, 1991

Linke Debatte: „thema in nrw“

„Öffentlicher Beschäftigungssektor – eine Option für NRW?“

Unter dieser Überschrift hat der Herausgabekreis der Reihe „thema in nrw“ gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in NRW und dem Kommunalpolitischen Forum NRW ein interessantes Diskussionsheft vorgestellt.

In linken Kreisen – wenn unter „links“ mehr verstanden wird als nur die Partei der Linken, also auch Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände usw. – scheint das Thema „öffentlicher Beschäftigungssektor“ schon fast ein alter Hut. Alle scheinen dafür zu sein. Die erste rot-rote Landesregierung dieser Republik, in Mecklenburg-Vorpommern, vereinbarte schon vor vielen Jahren den Aufbau eines solchen Sektors, kam aber über kleine Anfänge nicht hinaus. Die nächste rot-rote Landesregierung, der Senat von Berlin, griff das Thema auf, und insbesondere für die Berliner Linke ist dieses Projekt heute nicht nur in der eigenen Partei, sondern auch in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit ein Pluspunkt. SPD und Grüne in Berlin tun sich eher schwer damit, machen Stimmung, weil das Projekt angeblich „zu teuer“ sei und „wenig Wirkung“ zeige, während CDU und FDP offen dagegen polemisieren.

Trotzdem: geklärt ist das Thema bis heute nicht – weder in der gesamten Gesellschaft noch auf der – parteipolitischen wie gesellschaftlichen – Linken. Zumal schon der Begriff schillernd und vieldeutig ist. Und systematische, auf längerer Praxis basierende Erfahrungen mit diesem Modell liegen bis heute nicht vor.

Deshalb ist es verdienstvoll und anregend, dass sich der Herausgabekreis der Reihe „thema in nrw“ diesem Thema widmet. Das Heft dokumentiert Beiträge von Teilnehmerinnen und

Teilnehmern einer Fachtagung des Kommunalpolitischen Forums NRW, der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW und des Herausgabekreises der Zeitschrift vom 9. Juli 2011 in Bochum.

Gleich im ersten Beitrag machen Udo Glanschnig, Geschäftsführer der Arbeitsagentur Bochum, und Martina Fischer, Geschäftsführerin des Job-Centers Bochum, die Aktualität des Themas deutlich. Denn entgegen den offiziellen Erfolgszahlen der Bundesregierung über eine rückläufige Gesamtarbeitslosenzahl und eine in Teilbereichen schon jetzt erkennbare, in Zukunft noch deutlicher spürbare „Facharbeiterlücke“ geht die Langzeitarbeitslosigkeit in anderen Bereichen des Arbeitsmarktes nicht zurück. Beispiel Bochum: Hier stieg sogar – abweichend vom Bundestrend – die Zahl aller Arbeitslosen von 11.042 im Juni 2010 auf 11.512 im Juni 2011. Konkret verbarg sich hinter dieser Entwicklung ein Rückgang der Arbeitslosigkeit im Regelkreis des SGB III, also bei Beziehern des „regulären“ Arbeitslosengelds, um 16,6%, von 1169 im Juni 2010 auf 997 im Juni 2011. Im gleichen Zeitraum aber stieg in Bochum die Zahl der Beziehern von „Hartz IV“, also im Regelkreis des SGB II, von 9.846 auf 10.515, um 6,8 Prozent.

Ähnliche Entwicklungen werden aus fast allen Bundesländern, insbesondere aber denen mit ohnehin hoher Langzeitarbeitslosigkeit, also den neuen Bundesländern und Berlin, aber auch

aus Bremen, Hamburg und anderen Ballungsräumen gemeldet.

Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, bessere Vermittlung gerade der „schwer Vermittelbaren“ – mit solchen Parolen war bekanntlich die rot-grüne Bundesregierung vor ca. sieben Jahren mit ihrer „Agenda 2010“ an den Umbau der Arbeitslosigkeit gegangen. Assistent wurde sie dabei von Schwarz-Gelb, vertreten durch den damaligen hessischen Ministerpräsidenten Koch. Während Koch & Co sich schon damals über US-amerikanische „Workfare“-Programme mit rabiater Arbeitspflicht für Arme begeisterten, schritt die Bundesregierung an die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum neuen „Arbeitslosengeld II“, verbunden mit massiven Vermögens- und Einkommensverlusten für Millionen Arme, Frauen, Arbeitssuchende.

Die von dieser ganz großen Koalition von SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP versprochenen „besseren Vermittlungschancen für Langzeitarbeitslose“, ihre „Rückführung in den ersten Arbeitsmarkt“, sind bis heute nicht erreicht. Die Zahlen aus Bochum dokumentieren das. Sie stehen prototypisch für viele ähnliche, oft sogar identische Entwicklungen in anderen Regionen. Armut und Dauerarbeitslosigkeit nehmen nicht ab. Sie nehmen weiter zu. Die soziale Spaltung in der Republik wird größer.

Auf der Linken – parteipolitisch wie gesellschaftlich – ist gemeinhin klar: Ein Projekt wie der „öffentliche Beschäftigungssektor“ (ÖBS) kann diese Entwicklung nicht aufhalten, geschweige denn zurückdrehen. Dazu bedarf es einer viel breiter angelegten Politik und gesellschaftlichen Entwicklung. Aber ein Projekt wie der ÖBS kann in dieser Situation wenigstens für einen Teil der Langzeitarbeitslosen eine Perspektive schaffen, Mut machen, ihnen helfen gegen ausweglose Armut. Kerstin Liebich, Berliner Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Arbeit und eine profilierte Expertin in Sachen Arbeitsmarktpolitik, macht das in ihrem Beitrag über den Berliner ÖBS deutlich. ÖBS in Berlin bedeutet: Löhne mindestens in Höhe von 7,50 Euro pro Stunde, also in einer Höhe, wie sie noch vor kurzem der DGB als gesetzlichen Mindestlohn forderte, und Beschäftigung für Langzeitarbeitslose in gesellschaftlich nützlichen, von Personalräten im öffentlichen Dienst akzeptierten und der privaten Profitmacherei verschlossenen Bereichen. Also nicht bei Firmen, die aus solcher Arbeit Profite für ihre Besitzer abwerfen, aber auch nicht im öffentlichen Dienst. Sondern in Bereichen, die von Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und der Politik als „zusätzlich“ und „nicht gewinnbringend“ eingestuft sind. Im Ergebnis sind das

Projekte wie Einkaufshilfe für Alte, Kranke und Gebrechliche, Nachhilfe oder Lesehilfe in Kitas, Mitarbeit in gemeinnützigen Vereinen und ähnlichen als gesellschaftlich nützlich eingestuft. Erbracht werden diese Leistungen von Langzeitarbeitslosen, die wegen ihres hohen Alters, wegen überstandener schwerer Krankheit, ehemaliger Drogensucht usw. oder aus anderen Gründen keine oder nur sehr geringe Chancen auf einen Platz im „ersten Arbeitsmarkt“ haben. Denen solche Projekte also entweder die Zeit bis zur Rente überbrücken helfen oder wieder Lebensmut machen, damit sie hoffentlich in einem zweiten Schritt wieder Fuß fassen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Entsprechend begehrt sind diese Projekte in Berlin bei Arbeitslosen. All das dokumentiert Kerstin Liebig eindrucksvoll. Und sie kritisiert die „traditionellen“ Programme der Agentur für Arbeit wie die sinnlosen, entwürdigenden Ein-Euro-Jobs, aber auch Projekte der neuen Bundesregierung wie das „Bürgerarbeit“-Programm der Bundesarbeitsministerin von der Leyen, die Arbeitslose zu Arbeit zu Stundenentgelten von deutlich unter 7 Euro und ohne Sozialversicherungspflicht, also auch ohne Aussicht auf neue Arbeitslosengeld-Ansprüche, zwingen will.

Sehr viel kritischer ist dagegen der Beitrag von Dipl.-Ing. *Irina Vellay*, freiberufliche Wissenschaftlerin. Sie ordnet auch Projekte wie den ÖBS in die „Welfare“-Programme von Konservativen, Neoliberalen und anderen Kreisen ein. Diese zielten, so ist ihre These, auf eine weitere Spaltung unter den Arbeitslosen, auf eine weitere repressive Spaltung und am Ende auf eine weitere Drangsalierung und Verarmung breiter Schichten der Gesellschaft, die dem immer mörderischer werdenden Wettbewerb auf den sogenannten „freien Märkten“ nicht mehr gewachsen seien, verdrängt, geächtet und gesellschaftlich kaltgestellt würden.

Daran ist viel Richtiges. In der Auseinandersetzung mit von der Leyens „Bürgerarbeit“ und ähnlichen Projekten und Vorhaben konservativer und liberaler Kreise ist ihre Kritik deshalb auch hilfreich und berechtigt. Aber bei Projekten wie dem Berliner ÖBS, zu gesellschaftlich anerkannten Mindestlöhnen, als freiwillige Angebote für Langzeitarbeitslose, sozialversicherungspflichtig und darauf gerichtet, lange nicht vermittelbaren Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive in der Gesellschaft und ein Entkommen aus der Armut zu ermöglichen – bei solchen Projekten geht ihre vehement vorgetragene Generalkritik schlicht fehl.

Nils Böhlke, Mitarbeiter der Landtagsfraktion der Linken in NRW, befasst sich in einem dritten Beitrag mit

thema in nrw Heft 2

Öffentlicher Beschäftigungssektor – eine Option für NRW?

Herausgabekreis
„thema in nrw“



Die Broschüre hat einen Umfang von 22 Seiten und kann im Internet unter <http://themainnrw.wordpress.com/> nachgelesen oder bestellt werden bei: kopof nrw e.V., Gravelottestraße 28, 47053 Duisburg, Telefon: 0203-93536804, E-Mail: vorstand@kopof-nrw.de

Die nächste Veranstaltung im Rahmen der Reihe „thema in nrw“ findet voraussichtlich statt am 10. Dezember in Köln zum Thema „Inklusion statt Ausgrenzung“. Für das 1. Halbjahr 2012 sind zwei Veranstaltungen zum Thema „Energiewende und soziale Frage“ sowie „Gegenstrategien gegen Rechtspopulismus“ für das 2. Halbjahr 2012 eine Veranstaltung zum Thema „Die Linke und die Zivilgesellschaft/ Was war geweisend an der Pariser Kommune?“.

der Absicht der rot-grünen Landesregierung von NRW, die im bevölkerungsreichsten Bundesland nun auch einen „öffentlichen Beschäftigungssektor“ aufbauen will. Dieser unterscheidet sich, das wird in dem Beitrag deutlich, an einigen durchaus markanten Punkten vom Berliner Modell des ÖBS. Beispiel Beschäftigungsbereiche: Während in Berlin eine „Zusätzlichkeit“ der ÖBS-Stellen – also zusätzlich und außerhalb des öffentlichen Dienstes, aber auch außerhalb jeder Privatwirtschaft verlangt wird, planen SPD und Grüne in NRW offenbar eine „Beschäftigung im privatwirtschaftlichen, öffentlichen und gemeinnützigen Bereich“. Das kritisiert der Autor zu Recht, und es bleibt zu hoffen, dass auch die Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte in der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Dienst solche Vorhaben abwehren können. Leider vermischt sich diese berechtigte Kritik auch hier mit einer merkwürdig traditionalistischen Fundamentallopposition gegen den ÖBS. „Radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich“ sei eine bessere Perspektive, findet er. Wie damit den etwa 500 000 Menschen bundesweit geholfen werden soll, die nach Schätzungen des DGB in den letzten sechs Jahren keinerlei reguläre Arbeit mehr fanden, die oft jahrelang drogenkrank waren, kurz vor der Rente stehen usw. – das bleibt ein Rätsel. „Links liegen“ lassen sollte die Linke solche Menschen nicht.

Ebenfalls kritisch mit der politischen Praxis von Rot-Grün setzt sich der Kölner Ratschherr *Jörg Detjen* auseinander. Er schildert die Erfahrungen mit einem 2008 im Kölner Rat gegen die Stimmen der Linken beschlossenen Programm „Win-Win für Köln“. Dem Beschluss vorausgegangen war lange Kritik der Linken und anderer an per-

spektivlosen „Ein Euro-Jobs“ und die Forderung nach längerfristigen, besser bezahlten, sinnvolleren Projekten. Heraus kam in Köln ein Paket von Maßnahmen für knapp 1.200 Arbeitslose, meist über sechs Monate, mit denen historische Gebäude und Gärten saniert werden sollten. Nach anderthalb Jahren hatten nur etwas mehr als 10 Prozent der Arbeitslosen einen Weg in ungeforderte, reguläre Beschäftigung gefunden, weitere 118 waren entweder in Ausbildung, in Fortbildung oder in eine andere „Maßnahme“ der Arbeitsverwaltung gekommen. Von beruflicher Qualifizierung innerhalb des Programms konnte keine Rede sein, der Rechnungshof kritisierte die Geldverschwendung und die geringe fachliche Eignung und Führung der Arbeitslosen bei den Projekten usw.

Abgerundet wird die Broschüre durch wichtige Dokumente des DGB, der Linksfraktion im Bundestag und aus dem NRW-Landtag zum Thema ÖBS.

Richtig stellt *Jörg Detjen* in seinem Beitrag abschließend fest: „Die Linke muss nicht nur Hartz IV kritisieren, sondern auch die Auseinandersetzung um die Mittel der Bundesanstalt und der JobCenter führen. Es ist eine wichtige Aufgabe in parlamentarischen Gremien um die richtige, sachgerechte und soziale Verwendung dieser Mittel zu kämpfen.“

Bei dieser Aufgabe leistet die Broschüre einen wichtigen Beitrag. Wer sie liest, ist gespannt, wie es in NRW weitergeht in der Auseinandersetzung um einen öffentlichen Beschäftigungssektor. Denn bis zu einem wirklichen Abbau der Arbeitslosigkeit ist noch ein weiter Weg, und der Streit um gangbare, gesellschaftlich anerkannte und erfolgreiche Wege aus Armut und Arbeitslosigkeit ist noch lange nicht zu Ende.

Rüdiger Lötzer

Inhalt

Aktuelle Meldungen

Schäubles Haushaltsprobleme • Libyen: Autoritätswechsel • Dortmunder Demonstration gegen Neonazis

Kommt eine Mitte-Links-Regierung oder bleibt es bei Mitte-Rechts?

Hamburger Verfassungsschutz – teuer und unkontrolliert wie kein anderer

China: Streik in japanischer Elektrofabrik in Tianjin

Auslandsnachrichten

Korea: Verfolgung von öffentlichen Angestellten • Starbucks in Chile: Hungerstreik • Südafrika: 150 000 Bergarbeiter streiken für mehr Lohn • USA: Beschäftigte bei T-Mobile erkämpfen gewerkschaftliche Vertretung • Jordanische Lehrergewerkschaft: Gesetzentwurf enttäuschend • Serbien: Textilarbeiter in Novi Pazar seit Wochen im Streik • Athener Manifest des EGB: Schutz von Wanderarbeit • Menschenrechte anerkennen und friedlichen Protest ermöglichen • Gewerkschaften machen weltweit mobil für menschenwürdige Arbeit

Aktionen ... Initiativen

Blockadejahr in Gorleben gestartet • Demonstration „Freiheit statt Angst“ am 10. September • Coordination gegen Bayer-Gefahren startet Rettungskampagne • Zehn Jahre „Coffee to Go“ • Protestbündnis gegen Petersberg II • CO₂-Endlager-Projekte unter der Nordsee ad acta legen. • München: Widerstand gegen 3. Startbahn wächst

Merkposten für die Haushaltsberatungen in Mannheim: Mindestens 30 tarifliche Stellen mehr für die Stadtreinigung!

Kommunale Politik

Antrag: Zwangsräumung – welche Alternativen gibt es? Frankfurt a.M. • Langfristig öffentliche und private Wagenplätze ermöglichen: Freiburg. • Die Linke: Tabuthema Schulschwänzen angehen! Hannover. • Blockade gegen Sozialticket aufgeben: Bochum. • Antrag: Tariftreue bei öffentlichen Vergaben – auch in Bayern! München. • Solidarität mit den BauwagenbewohnerInnen in Wilhelmsburg – Linke kritisiert Wildwest-Manier! Hamburg. • Schuldenbremse: Linke fordert SPD und Grüne auf, den Hoffmann-Vorschlag abzulehnen: Braunschweig. • Oberbürgermeister Roters und Stadtvorstand wollen den Kölner Leitbild-Prozess zerstören: Köln.

Hamburg – Rüstungshauptstadt: Von Pfeffersäcken und Kanonen

Wirtschaftspresse

Betr.: Grundrecht auf Bekenntnisfreiheit verwirklichen, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegneten!

„Din wa daula“ – Religion und Politik in der Islamischen Theologie

„Öffentlicher Beschäftigungssektor – eine Option für NRW?“

Neuerscheinung „Linke Metropolenpolitik“

Wir möchten auf den Sammelband „Linke Metropolenpolitik. Erfahrungen und Perspektiven am Beispiel Berlin“ hinweisen, der in diesen Tagen beim Verlag Westfälisches Dampfboot in der Reihe „Raumproduktionen. Theorie und gesellschaftliche Praxis“ erschienen ist. Die Herausgeber sind Andrej Holm, Klaus Lederer und Matthias Naumann. Sie ziehen in dem Buch eine kritische Bilanz linker Stadtpolitik in Berlin sowie ihrer gemeinsamen Arbeit im Arbeitskreis „Linke Metropolenpolitik“.

Der Verlag schreibt zu der Neuerscheinung: „Am Beispiel der seit 2002 von einer rot-roten Koalition regierten Stadt Berlin bilanziert der Band die Erfahrungen, Perspektiven und Grenzen einer linken Stadtpolitik. Ausgehend von einer Kritik der Berliner Stadtentwicklung umreißen die AutorInnen Utopien für eine linke Stadtpolitik und Forderungen für Reformprojekte. Linke Metropolenpolitik wird hierbei als gemeinsames Projekt einer Linken in den Parlamenten, in sozialen Bewegungen und kritischer Wissenschaft verstanden.“

Andrej Holm, Klaus Lederer, Matthias Naumann (Hrsg.):

Linke Metropolenpolitik Erfahrungen und Perspektiven am Beispiel Berlin (Raumproduktionen: Theorie und gesellschaftliche Praxis Band 12).

2011 – 193 Seiten – Euro 19,90. ISBN: 978-3-89691-881-9

Inhaltsverzeichnis

Andrej Holm / Klaus Lederer / Matthias Naumann. Linke Metropolenpolitik für Berlin? Eine Einleitung

Erster Teil: Stadtentwicklung im Neoliberalismus

Daniel Mullis. Die Stadt im Neoliberalismus Von der Produktion einer Ideologie zur Perspektive dagegen

Peter Birke. Zurück zur Sozialkritik Von der „urbanen sozialen Bewegung“ zum „Recht auf Stadt“

Michail Nelken. Integration und Vielfalt, Transparenz und Ermächtigung Möglichkeiten und Grenzen „linker“ Stadtplanung und Stadtentwicklungspolitik

Katrin Lompscher. Berliner Stadtentwicklung und Die Linke

Klaus Brake / Marco Mundelius. Wie steht es um Berlin? Zur ökonomischen Basis der Stadtentwicklung

Zweiter Teil: Linke Politik in Berlin zwischen Anspruch und Möglichkeiten

Andrej Holm. Wohnungspolitik der rot-roten Regierungskoalition in Berlin

Ingo Bader. Be creative!? Bietet die kreative Stadt Handlungsmöglichkeiten für eine linke Metropolenpolitik in Berlin?

Klaus Lederer / Matthias Naumann. Linke Metropolenpolitik und öffentliche Unternehmen. Eine Bestandsaufnahme am Beispiel Berlins

Malte Krückels. Eine ganze Stadt voller Berlinerinnen und Berliner

Benjamin-Immanuel Hof. Eine Stadt für alle? Probleme der gesundheitlichen Versorgung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus bzw. ohne ausreichende Krankenversicherung

Fazit

Andrej Holm / Klaus Lederer / Matthias Naumann. Linke Metropolenpolitik für Berlin! Ein Ausblick

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 6. Oktober 2011.

Redaktionsschluss: Freitag, 30. September.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 3. November, 1. Dezember, 12. Januar.

